



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 7
Dienstag, 7. Juni 2016
18:01 - 20:36 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 05.07.2016

Vorsitz:	Martin Egger	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring Veronika Michel	Ratssekretärin Protokollführerin
Stimmzähler:	Dr. Cornelia Stamm Hurter Martin Jung	SVP AL
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 32 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Dr. Raphaël Rohner Beat Brunner Manuela Müller Roost Urs Tanner	Baureferent EDU FDP SP
Anfang der Sitzung:	Markus Leu	SVP
Schluss der Sitzung:	Nicole Herren	FDP

TRAKTANDEN

1	Vorlage des Stadtrats vom 2. Februar 2016: Prüfung eines Familienzentrums für die Stadt Schaffhausen	Seite 6
2	Bericht und Antrag des Büros des Grossen Stadtrats vom 17. Mai 2016: Einsetzung einer Spezialkommission "Teilrevision der Geschäftsordnung"	Seite 11
3	Motion Hermann Schlatter vom 27. Oktober 2016: Wie verbessern wir die strategische Führung und machen SH-POWER fit für die Strommarktliberalisierung	Seite 13
4	Postulat Urs Tanner vom 28. Februar 2016: Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Neuhausen	Seite 32
5	Postulat Till Hardmeier vom 14. März 2016: Faire Zentrumslasten - prüfen und anpassen	Seite 32

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

15.09.2015	VdSR Rheinuferneugestaltung	SPK
01.12.2015	VdSR Verordnung über das Öffentlichkeitsprinzip der Stadt Schaffhausen	SPK
28.02.2016	Postulat Urs Tanner (SP): Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Neuhausen	
22.03.2016	Postulat Diego Faccani (FDP): Aktive Wirtschaftsförderung des Einkaufszentrums Altstadt	
04.04.2016	Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Umstrukturierung Verwaltungspolizei	
26.04.2016	Jahresrechnung 2015 der Einwohnergemeinde Schaffhausen sowie Bericht und Antrag des Stadtrats	GPK
17.05.2016	Vorlage des Büros vom 17. Mai 2016: Einsetzung einer Spezialkommission „Teilrevision der Geschäftsordnung“ (Umsetzung der Verfahrenspostulate Stefan Marti, „Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament“ und Urs Tanner, „Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!“)	SPK
19.05.2016	Postulat Alfred Tappolet (SVP): Schaffhauser Wappentiere im Munotgraben	
24.05.2016	Postulat Christoph Schlatter (SP): Implementierung einer Ausländersession	
24.05.2016	Motion Jonathan Vonäsch (JUSO): Vermietung der städtischen Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete	
31.05.2016	Postulat Urs Tanner (SP): Wiedereinführung von Kernzone 810, speziell für Kinderbillette	

KLEINE ANFRAGEN 2016

- Kleine Anfrage von René Schmidt vom 7. Juni 2016: Wirtschaftsentwicklung im Kammgarnareal
- Kleine Anfrage Theresia Derksen vom 24. Mai 2016: Nachteilige Einwirkungen auf unterirdische Gewässer
- Kleine Anfrage Christoph Schlatter vom 13. April 2016: Wie steht es um die Realisierung des Duraducts?
- Kleine Anfrage Stefan Marti vom 10. April 2016: Nette Toilette - Kein dringendes Problem, ausser man muss dringend
- Kleine Anfrage Stephan Schlatter vom 31. März 2016: Flüchtlingsproblematik auch in Schaffhausen
- Kleine Anfrage René Schmidt vom 23. Februar 2016: Wann wird die Verkehrsbeschränkung über den Kistenpass wirksam?

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 2. Februar 2016: Prüfung eines Familienzentrums für die Stadt Schaffhausen (Antrag auf Behandlung im vereinfachten Verfahren)

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 2. Februar 2016 und den Antrag in der Schlussabstimmung mit 30:0 Stimmen wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrats vom 2. Februar 2016 betreffend Prüfung eines Familienzentrums.

Traktandum 2 Bericht und Antrag des Büros des Grossen Stadtrats vom 17. Mai 2016: Einsetzung einer Spezialkommission „Teilrevision Geschäftsordnung“

Der Grosse Stadtrat heisst den Bericht und Antrag des Büros des Grossen Stadtrats vom 17. Mai 2016 und die Anträge in der Schlussabstimmung mit 24:0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Ratsbüros vom 17. Mai 2016 betreffend Einsetzung einer Spezialkommission „Teilrevision der Geschäftsordnung“ (Umsetzung der Verfahrenspostulate Stefan Marti „Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament“ und Urs Tanner „Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!“).
2. Der Grosse Stadtrat setzt zur Vorbereitung einer Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats eine 11-er Spezialkommission ein.

Traktandum 3 Motion Hermann Schlatter vom 27. Oktober 2015: Wie verbessern wir die strategische Führung und machen SH-Power fit für die Strommarktliberalisierung

Die Motion wird von Hermann Schlatter (SVP) begründet, von Stadtpräsident Peter Neukomm beantwortet und im Rat diskutiert.

Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt. Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 24:7 Stimmen überwiesen.

Traktandum 4 Postulat Urs Tanner vom 28. Februar 2016: Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Neuhausen

Das Postulat wird an der Ratssitzung vom 21. Juni 2016 behandelt.

**Traktandum 5 Postulat Till Hardmeier vom 14. März 2016:
Faire Zentrumslasten – prüfen und anpassen**

Das Postulat wird von Till Hardmeier (JFSH) begründet, von SR Daniel Preisig beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 24:0 Stimmen überwiesen.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Martin Egger (FDP)**, eröffnet die Ratssitzung Nr. 7 vom 7. Juni 2016 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Gäste auf der Tribüne sowie der Medienberichterstatte(r)innen und -erstatte(r).

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Postulat Christoph Schlatter vom 24. Mai 2016: Implementierung einer Ausländersession
- Motion Jonathan Vonäsch vom 24. Mai 2016: Vermietung der städtischen Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete
- Kleine Anfrage Theresia Derksen vom 24. Mai 2016: Nachteilige Einwirkungen auf unterirdische Gewässer
- Postulat Urs Tanner vom 31. Mai 2016: Wiedereinführung von Kernzone 810, speziell für Kinderbillette
- Antwort des Stadtrats vom 24. Mai 2016 auf die Kleine Anfrage von René Schmidt: Wie können dem Vandalismus an der Baumgartenstrasse Grenzen gesetzt werden?
- Antwort des Stadtrats vom 24. Mai 2016 auf die Kleine Anfrage von Katrin Hauser-Lauber: Neue Verträge für die Bewohnerinnen und Bewohner der städtischen Alterszentren
- Bericht und Antrag der Spezialkommission Rheinufergestaltung vom 6. Juni 2016.
- Geschäftsbericht 2015 SH POWER, Teil Werke Schaffhausen
- Medienmitteilung vom 7. Juni 2016: Petition Lärmbelästigung Frauengasse
- Medienmitteilung vom 7. Juni 2016: Pflichtenheft der Baukommission angepasst und das Reglement RSS 700.5

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

„Die Motion Jonathan Vonäsch vom 24. Mai 2016: Vermietung der städtischen Wohnungen nach dem Prinzip der Kostenmiete wurde vom Büro geprüft und als motionswürdig beurteilt. Das Geschäft erscheint damit auf der Traktandenliste der Ratssitzung vom 21. Juni 2016.

Die Vorlage des Stadtrats vom 15. September 2016: Rheinufergestaltung wurde von der Präsidentin der Spezialkommission verhandlungsbereit gemeldet und wird ebenfalls auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung vom 21. Juni 2016 aufgenommen.

Ich freue mich, Ihnen das Datum des „Henkermöhli“ bekanntzugeben. Traditionsgemäss findet dieses am Ende einer Legislaturperiode statt und wird vom Stadtrat organisiert. In Absprache mit dem Stadtrat findet das Henkermöhli am Dienstag, 27. September 2016, eine Woche vor den Herbstferien, statt. Ich bitte Sie, dieses Datum ab 13:00 Uhr zu reservieren. Details folgen zu einem späteren Zeitpunkt. Ich freue mich schon jetzt auf einen spannenden Tag und bedanke mich beim zuständigen Organisationskomitee. “

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll der Ratssitzung Nr. 6 vom 24. Mai 2016 liegt vor, ist aber vom Büro noch nicht genehmigt. Es wird an der nächsten Ratssitzung zur Einsichtnahme auf dem Kanzleisch aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 Vorlage des Stadtrats vom 2. Februar 2016:
Prüfung eines Familienzentrums für die Stadt
Schaffhausen****Res Hauser (JFSH)****Bericht der Fachkommission**

„Da die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport den Antrag auf vereinfachtes Verfahren gestellt hat, liegt es auf der Hand, dass die Vorlage keine lange Verhandlung benötigte und der heutige Fachkommissions-Bericht relativ kurz ausfällt. Die Fachkommission hat den Bericht zur Prüfung an der Sitzung vom 16. März dieses Jahres besprochen. An dieser Stelle geht nochmals ein Dankeschön an SR Simon Stocker und Beatrice Laube für das Vorstellen der Vorlage und das Beantworten der Fragen.

Bestimmt ist Ihnen noch in bester Erinnerung, dass wir in diesem Saal am 11. November 2014 zehn Massnahmen zur frühen Förderung beschlossen haben. Bei der Massnahme 3 handelte es sich um die Prüfung eines Familienzentrums, welche uns jetzt vorliegt. Dementsprechend wenig gab diese Prüfungsvorlage in der Fachkommission zu diskutieren. In der Fachkommission wurde positiv aufgenommen, dass die baulichen Massnahmen auf ein Minimum reduziert werden. Weitere finanzielle Mittel für den Betrieb sollen von einer Trägerschaft generiert werden. Für die Umsetzung müssen wir das Rad nicht neu erfinden, da es ähnliche Familienzentren schon in anderen Schweizer Städten gibt. In der Sitzung der Fachkommission wurden die Familienzentren in Baden und Winterthur detailliert vorgestellt.

Wichtig ist nun, dass die Trägerschaft möglichst schnell auf die Beine gestellt wird, damit das weitere Vorgehen und die Umsetzung sauber geplant werden können. Klar ist, dass dieser Trägerverein nicht die Stadt sein soll beziehungsweise sein darf. Nach einer Pilotphase von vier Jahren wird der Grosse Stadtrat erneut informiert.

In der Fachkommission kamen keine Bedenken zu diesem Vorgehen auf, und der Bericht wurde mit 7:0 Stimmen gut geheissen.

Lassen Sie mich gleich noch die Fraktionserklärung der FDP/JFSH-Fraktion anfügen: Bei der ursprünglichen Vorlage haben wir den Standort kritisiert. Wir finden diesen weiterhin nicht ideal, anerkennen jedoch den Mangel an besseren Alternativen. Unsere Fraktion wird dem Bericht zustimmen.“

Iren Eichenberger (ÖBS)**ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung**

„Eigentlich ist alles beschlossen. Und dennoch wäre es ein Jammer, den vorliegenden Bericht zur Prüfung eines Familienzentrums wie vorgesehen mit geschlossenem Kofferraum durchzuwinken. Man darf gerne den Deckel heben und zeigen, was darin ist.

Der Stadtrat bringt ein Paket, wie er es vor einem Jahr im Rahmen der Massnahmen zur frühen Förderung angekündigt hat. Als Ganzes erfüllt das Projekt alle

Rahmenvorgaben, die sich ein Parlament wünschen kann. Es ist zweckmässig, nutzt bestehende Infrastruktur, baut vorhandenen Raum mit bescheidenen Eingriffen nach seinen Bedürfnissen um und überträgt die Entwicklung eines Betriebskonzepts einer eigenen Fachperson ohne zusätzlichen Stellenbedarf. Der Einbezug und die Mitsprache künftiger Anbieter und Nutzer wird dadurch von Anfang an gesichert. Der Standort mitten im Zentrum ist ideal; aber dennoch bleibt der Stadtrat flexibel, falls sich für das Kirchhofschulhaus eine andere Nutzung als sinnvoll erweisen sollte. Was wollen Sie mehr? Die Kosten sind ebenfalls kein Thema. Die kleinen baulichen Anpassungen geschehen im Rahmen des Unterhalts und bieten keine Angriffsfläche.

Oder hat jemand Angst vor dem Kinderwagenverkehr? Wir waren schon immer der Meinung, der Kirchhofplatz sei von Parkplätzen zu befreien. Das zu erwartende "Wägeliparking" hingegen braucht ohnehin eine wetterfeste Überdachung und wird daher nicht den Platz überfluten. Ganz aktuell tut sich eine neue sinnvolle Nutzung auf. Wenn die heimatlos gewordene Ludothek im Familienzentrum eine Unterkunft fände, wäre dies ideal. Der Stadtrat präsentiert uns ein äusserst pragmatisches Projekt.

Die ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion folgt gerne seinem Antrag und nimmt den Bericht mit bestem Dank für die geleistete Arbeit zur Kenntnis. "

Walter Hotz (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

"Auf die Kinderwagenparkplätze und den Kinderhütendienst für die ProCity gehe ich nicht ein; dies hat SR Simon Stocker bereits in der Zeitung lesen können. Er kann ja darauf noch Antwort geben.

Es ist einige Zeit vergangen, und wir haben in der SVP/EDU-Fraktion einige Hinweise bezüglich der Prüfung eines Familienzentrums erhalten. Die SVP/EDU-Fraktion war und ist immer noch sehr kritisch bezüglich des geplanten Familienzentrums. Dies haben wir bereits in der Sitzung vom 11. November 2014, als die Vorlage Massnahmen zur frühen Förderung in der Stadt Schaffhausen im Grossen Stadtrat beraten wurde, zum Ausdruck gebracht. Unsere Meinung hat sich in den vergangenen Monaten nicht geändert, im Gegenteil. Wir sind der Meinung, dass der Wohlfahrtsstaat nach den Vorstellungen linker Politiker und bürgerlicher Netter nicht so weiterentwickelt werden darf. Machen wir so weiter, wird in absehbarer Zeit sowohl die Wohlfahrt als auch den Staat zugrunde gerichtet. Wir sind der Meinung, dass Familienglück eher zu erreichen ist, wenn die Erwartungen an den Staat massvoll bleiben und die Anforderungen, die wir an andere stellen, mit jenen im Einklang sind, die wir an uns selbst stellen. Wir dürfen nicht immer mehr fordern, als wir selbst bereit sind zu geben. Die im Bericht vom 2. Februar 2016 vorgestellte Prüfung eines Familienzentrums ist auch bei einer realistischen Einschätzung kein Wegweiser für die Zukunft.

SR Simon Stocker ist es nicht gelungen oder er ist nicht in der Lage dazu, in seinem Bericht zur Prüfung eines Familienzentrums klar und deutlich aufzuzeigen, wie er das Ziel und den Nutzen eines solchen Zentrums erreichen will. Um eine solche Institution zu etablieren, fehlen Zahlen bezüglich der voraussichtlichen Besucherbeziehungsweise Nutzerzahlen. Es fehlen verbindliche Zahlen über die wiederkehrenden Kosten (zum Beispiel Raumkosten). SR Simon Stocker zeigt im vorgelegten Bericht nicht auf, wie die Planung, Systematik, Organisation und Effizienz des Familienzentrums ausgestaltet sein soll.

Auch wenn wir heute nur über einen Zwischenbericht diskutieren, sollte das Sozialreferat in der Lage sein, einen Finanzplan und ein Budget vorlegen zu können.

Die Zahlen sind letztlich ausschlaggebend für einen endgültigen politischen Entscheid über die Einführung eines Familienzentrums. Was haben wir doch alles gelernt, als uns Finanzreferent Preisig letztes Jahr das Projektcontrolling vorstellte und uns versprach, dass sich der Stadtrat in Zukunft intensiv mit dem Controlling über alle Referate befassen will.

Nochmals einige Punkte, die im Bericht von SR Simon Stocker völlig fehlen:

- Leistungen eines Familienzentrums
- Wirkungen eines Familienzentrums
- Finanzen eines Familienzentrums: Die Finanzen müssen Sie eben schon in der Vorbereitungsphase im Auge behalten und berechnen.
- Personalkosten eines Familienzentrums: Dies sind die wichtigsten Kosten, weil sie wiederkehrend sind.
- Risiken eines Familienzentrums

Der Stadtrat versprach den Mitgliedern des Grossen Stadtrates, dass wir in Zukunft mit klaren Strukturen, einer Abkehr vom Silodenken und einer Kultur mit interdisziplinären Projekten über Bereichs- und Abteilungsgrenzen hinweg rechnen können. Der Stadtrat versprach insbesondere eine zusätzliche und verbesserte Steuerungsmöglichkeit über finanziell bedeutende Aktivitäten wie Projekte, den Finanzplan und Risiken.

Herr Stadtrat Stocker, lassen Sie sich von Ihrem Kollegen Preisig in dieser Hinsicht beraten. SR Daniel Preisig hat in dieser kurzen Zeit bewiesen, dass er aus seiner Tätigkeit in der Privatwirtschaft über grosse Kenntnisse im Projektreporting (mit Angaben zu Terminen, Kosten, Risikobeurteilungen) verfügt.

Meine Fraktion erwartet von Ihnen, Herr Stadtrat Stocker, dass Sie in Zukunft mit der gebotenen Sorgfalt das Projekt Familienzentrum planen, stets das Ziel, den Nutzen und die Finanzen im Auge behalten und jede Ausgabe in formeller und materieller Hinsicht auf Grund einer Rechtsgrundlage tätigen."

SR Simon Stocker

Stellungnahme Stadtrat

"Ich nehme das Thema gerne auf. Leider wurden diese Themen in der Fachkommission nicht zur Diskussion gestellt, weshalb ich es schwierig finde, wenn man im Nachhinein damit auf mich zukommt. Aber ich nehme die Gelegenheit wahr, im Rat und gegenüber der Öffentlichkeit Auskunft zu geben.

Es wurde bereits vom Präsidenten der Fachkommission erwähnt: Die Vorlage zur frühen Förderung wurde durch das Bildungsreferat erarbeitet und vom Parlament im November 2014 überwiesen. Dort wurde auch die Massnahme Familienzentrum beschlossen.

Sie haben mir unterstellt, wir erkennen den Nutzen und die Wirkung eines Familienzentrums nicht. Im Bericht - und ich zitiere lediglich daraus - ist wie folgt nachzulesen: *Für Eltern stellt ein Familienzentrum eine niederschwellige Anlaufstelle dar, wo sie in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Anbieter von Dienstleistungen für Eltern und Kinder können über ein Familienzentrum Eltern besser erreichen.* Das ist eines der Ziele der Frühen Förderung. So können Probleme möglichst früh angegangen und Folgekosten für die öffentliche Hand vermieden werden. Mit einem Familienzentrum können bestehende Angebote und Ressourcen

gebündelt und Synergieeffekte erzielt werden. Für zuziehende Familien ist ein Familienzentrum eine wichtige Anlaufstelle und trägt unter anderem zur Attraktivierung der Stadt bei. Ich stehe heute vor Ihnen, weil die Massnahme Familienzentrum durch die Quartierentwicklung umgesetzt wird, und ich zu diesem Thema Stellung nehme.

Wir müssen uns auf den Bericht konzentrieren, in welchem in einem sehr frühen Stadium des Projektstartes alle Themen abgehandelt werden. Wir haben aufgezeigt, dass wir in den nächsten vier Jahren daran arbeiten, das Hauptanliegen des Familienzentrums als eine niederschwellige Anlaufstelle entsprechend umzusetzen. Im Bericht kann man nachlesen, dass wir verschiedene Liegenschaften und Standorte geprüft haben. Kurz- und mittelfristig erscheint auch vom Standort her das Schulhaus Kirchhofplatz am geeignetsten. Die Zentrumsnähe des Kirchhofplatzes war ausschlaggebend. Zugegebenermassen hätte ich mir eine grüne Umgebung - dies war auch in der Kommission ein Thema - gewünscht. Aber aufgrund der Verfügbarkeit der möglichen Gebäude ist das Schulhaus Kirchhofplatz die beste Wahl, weil es gut erreichbar ist und im Zentrum liegt. Dies wurde schlussendlich in der Kommission auch so eingeschätzt.

Im Schulhaus Kirchhofplatz, das heute nicht mehr als Schulhaus genutzt wird und leer steht, stehen im Erdgeschoss und im 1. Stock Räume zur Verfügung. Mit baulichen Anpassungen im Rahmen des Gebäudeunterhalts kann in den vorhandenen Räumen ein Grundangebot realisiert werden. Werden weitere Investitionen notwendig, werden diese ins Budget 2017 aufgenommen. Die Umgestaltung soll baulich und finanziell so realisiert werden, dass eine andere Nutzung zu einem späteren Zeitpunkt nicht verunmöglicht wird. Zudem wird der Stadtrat bei Investitionsentscheidungen die Nutzungsmöglichkeiten ganzheitlich betrachten und dabei insbesondere die Sanierung des Stadthausgeviertes mitberücksichtigen. Ein kleiner Hinweis: Ich habe dies durchaus in Zusammenarbeit mit Kollege Daniel Preisig mit in den Bericht genommen. Sie können davon ausgehen, dass wir im Stadtrat miteinander reden.

Im Erdgeschoss sollen Räumlichkeiten für die Mütter-Väterberatung sowie Räumlichkeiten für Kurzberatung und Information zur Verfügung stehen, was vor allem durch die Fachstelle Frühe Förderung geschieht. Die bestehende Mütter- und Väterberatung, die wenige hundert Meter vom Schulhaus Kirchhofplatz entfernt ist, und die bestehende Fachstelle Frühe Förderung des Kantons, die bereits heute Beratungsangebote wahrnimmt, sollen unter einem Dach zusammengeführt werden. Diese Angebote werden auch zusammen mit den Akteuren realisiert. Hier ist eine entsprechende Arbeitsgruppe an der Arbeit. Im oberen Stock sollen Kursangebote zur Verfügung gestellt werden. Auch diese werden von bestehenden Beratungsstellen zentral zur Verfügung gestellt und so besser zugänglich gemacht. Im ehemaligen Vorsteher-Zimmer, in dem sich heute das Büro der Leitung der Quartierentwicklung befindet, die das Projekt sinnvollerweise leitet, kann später eine Koordination stattfinden.

In einer vierjährigen Pilotphase soll in Zusammenarbeit mit Fachpersonen - auch dies steht im Bericht - ein Feinkonzept für die konkrete Angebotsgestaltung und die Betriebsführung entwickelt und umgesetzt werden. Das Feinkonzept soll auch darüber Auskunft geben, wie eine mögliche Trägerschaft aussehen könnte. Die Pilotphase soll genutzt werden, um den effektiven Bedarf an Leistungen zu evaluieren. Die Pilotphase wird mit bestehenden Stellenressourcen abgedeckt. Es entstehen dadurch keine wiederkehrenden Kosten. Auch das Thema der Trägerschaft, wer in diesem Vorstand sitzt und wie die Betriebsführung sichergestellt wird, wird in dieser Arbeitsgruppe mit erarbeitet.

Wo stehen wir heute? Mitte Mai hat eine Veranstaltung mit Projektinteressenten stattgefunden. Dort wurde das Grobkonzept vorgestellt und die Angebotsgestaltung diskutiert. Es wurde auch diskutiert, was neben der Sanierung der Liegenschaft an weiteren Investitionen notwendig ist; dies haben wir bereits aufgezeigt. Der Trägerschaft wird eine wichtige Rolle zukommen. Wir können einfache Renovierungsarbeiten stadintern machen. Das, was an weiteren Kosten anfallen könnte, kann eine mögliche Trägerschaft auffangen.

Walter Hotz hat noch zwei Themen angesprochen, die ich ganz konkret aufgreifen möchte: In der Fachkommission wurde die Frage diskutiert, wo die Kinderwagen parkiert werden sollen. Ich habe gelesen, dass ein Parkplatz dafür aufgehoben werden soll. Es werden keine Auto-Parkplätze zulasten von Kinderwagen-Parkplätzen abgebaut. Im Gegenteil, in der Summe wird es eine Zunahme von Parkplätzen geben, auch wenn sie für Kinderwagen sind. Wir werden in und um die Liegenschaft einen geeigneten Ort finden, wo diese Kinderwagen abgestellt werden können. Es ist nicht so aufwändig und dafür müssen sicherlich keine Parkplätze aufgehoben werden.

Walter Hotz hat zudem ein wichtiges und interessantes Thema aufgegriffen: Das Thema der Kinderhüte. Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, zu diesem Projekt etwas zu sagen. Der Ursprung dieser Projektidee entstand im Rahmen der Arbeitsgruppe Innenstadtentwicklung, bestehend aus Politik, städtischem Gewerbeverband und der ProCity. Die Arbeitsgruppe hat verschiedene Massnahmen aufgezeigt, darunter auch die Idee eines Kinderhütendienstes für Kundinnen und Kunden der Innenstadt, wie dies beispielsweise im Herbiland bereits besteht. Die neu gegründete Gruppe „SH aktiv“ hat das Thema aufgegriffen und wird die Ideen konkretisieren. Selbstverständlich wäre der Standort Familienzentrum für ein solches Angebot ideal. Der Lead für dieses Projekt liegt nicht bei der Stadt, sondern das Angebot wird durch die Gruppierung „SH aktiv“ konzipiert. Selbstverständlich sehen wir uns als Partner einer solchen Idee und suchen nach Synergien mit dem Familienzentrum. Ich glaube, es ist hier ein Irrtum bei den Bezeichnungen passiert. Es geht um eine *Kinderhüte* und nicht um einen *Kinderhort*. Letztes wäre eine Ganztagesbetreuung. In einem Kinderhüteangebot versteckt sich die Idee, während des Einkaufens in der Altstadt die Sprösslinge während ein oder zwei Stunden im Familienzentrum zu deponieren. Dies ist nicht ein Kinderhort.

Ich habe die von Walter Hotz aufgeführten Punkte notiert. Wir sind zurzeit in der Startphase des Projekts. Der Auftrag für das Familienzentrum hat der Grosse Stadtrat am 11. November 2014 gegeben. Wir haben den Auftrag gefasst, in einem Bericht Auskunft darüber zu geben, wie ein mögliches Konzept aussieht, wie wir in Sachen Trägerschaft vorgehen und wie die Räumlichkeiten umgenutzt werden sollen. Wir haben uns dazu entschieden, beim Projektstart einen Bericht abzugeben, der aufzeigt, wie das weitere Vorgehen geplant ist, und allem voran, welche Liegenschaft wir ausgewählt haben. Jetzt ist es stadinterne Arbeit, die verschiedenen Akteure unter diesem Dach zusammenzubringen. Dies wird - wie bereits erwähnt - im Bericht, der Ihnen vorliegt, aufgezeigt. Aber selbstverständlich lerne ich gerne bei meinem Kollegen Daniel Preisig etwas über Projektmanagement. Ich bin der Auffassung, dass wir in unserem Bericht genügend und in der notwendigen Tiefe Auskunft erstattet haben. Wir blähen nichts auf, was es zum jetzigen Zeitpunkt nicht braucht.

Ich habe Ihnen aufgezeigt, wie wir vorgehen, die Arbeitsgruppen sind am Tagen. Nochmals zur Grundidee: Ein Dach, verschiedene Organisationen, eine neu zu gründende Trägerschaft. Die Mütter-/Väterberatung (die bereits einen grossen Zulauf hat) und die kantonale frühen Förderung bilden die Hauptpfeiler. Selbstverständlich

erwägen wir auch weitere Ideen, wie sie heute bereits bestehen und zum Beispiel mit dem Kinderhütendienst entwickelt werden.

Wir haben im vorliegenden Bericht im Detail Auskunft gegeben. Auch konnten in der Kommission Fragen beantwortet und Befürchtungen ausgeräumt werden. Es nützt nichts, wenn jetzt mit Begriffen um sich geworfen wird, die zwar gut tönen, aber eigentlich alle im Bericht abgebildet sind. Sie sind inhaltlich anderer Auffassung - ich streite mich gerne mit Ihnen. Trotzdem möchte ich Sie doch bitten, den Inhalt und den Prozess nicht miteinander zu vermischen. Sie sind inhaltlich gegen dieses Familienzentrum, dies ist in Ordnung und Ihr gutes Recht. Aber wir sind dafür, zeigen sehr genau auf, wie wir vorgehen, was wir geplant haben und welche Wirkung ein solches Familienzentrum hat. Diese Meinung hat auch die Kommission und die Mehrheit im Grossen Stadtrat, als dieser Auftrag verabschiedet wurde, gezeigt.

Ich hoffe, ich konnte mit meinen Ausführungen klar aufzeigen, wo wir stehen. Ich gebe Ihnen Recht, es gibt viele Ansprüche an dieses Familienzentrum. Es ist ein leeres Haus, und alle wollen dieses Haus füllen. Aufgabe der Projektleitung ist es, ein Projektmanagement, das die Ansprüche aufnimmt, aber auch ein realistisches Szenario zu entwickeln. Dies haben wir auch in der Kommission aufgezeigt; wir wollen ein bodenständiges, einfach zugängliches Familienzentrum. Da mögen Visionen zwar Platz haben, aber die realistische Umsetzung ist das, was wir verfolgen. Dies ist auch die Auffassung des Stadtrates, und davon lassen wir uns nicht abbringen. Ich bin aber gerne bereit, noch weitere Fragen zu beantworten. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Stefan Marti (SP)**, verliest die Vorlage des Stadtrats vom 2. Februar 2016, Seite 1-6, sowie den Antrag wie folgt:

ANTRAG

Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrats vom 2. Februar 2016 betreffend Prüfung eines Familienzentrums. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrats vom 2. Februar 2016 und den Antrag in der Schlussabstimmung mit 30:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 Bericht und Antrag des Büros des Grossen Stadtrats vom
17. Mai 2016: Einsetzung einer Spezialkommission
“Teilrevision der Geschäftsordnung”**

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Sprecherin des Büros

”Ich darf Ihnen heute als Vertreterin des Büros den Bericht und Antrag des Büros des Grossen Stadtrates vom 17. Mai 2016: Einsetzung einer Spezialkommission “Teilrevision der Geschäftsordnung” kurz erläutern. Die Betonung liegt auf kurz, denn

das, was Ihnen das Büro beantragt, betrifft nur die Umsetzung der beiden Verfahrenspostulate Stefan Marti "Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament" und Urs Tanner "Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!", die Sie an der Sitzung vom 22. März 2016 für erheblich erklärt haben.

Wenn Sie heute dem Bericht und Antrag zustimmen, dann schaffen Sie sozusagen das Gefäss, das in einem weiteren Schritt mit Inhalt gefüllt werden soll. Wie dieser Inhalt in etwa aussehen wird, haben Sie einerseits mit der Erheblicherklärung der erwähnten Postulate vorgezeichnet. Andererseits haben uns die Fraktionen an der Fraktionspräsidentenkonferenz vom 24. November 2015 diverse Anliegen unterbreitet, die einer näheren Prüfung bedürfen. Zudem wurde das Büro bei der praktischen Anwendung der Geschäftsordnung immer wieder mit Unklarheiten und fehlenden Regelungen konfrontiert. Eine Übersicht finden Sie auf Seite 2 der Vorlage.

Das Büro schlägt Ihnen eine 11-er Kommission vor, die eine Teilrevision der Geschäftsordnung vorbereiten soll. Damit soll sichergestellt werden, dass die Revision breit abgestützt ist. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen im Namen des Büros, auf den Bericht und Antrag des Büros vom 17. Mai 2016 einzutreten und ihm zuzustimmen.

Ich erlaube mir an dieser Stelle, die Fraktionserklärung der SVP/EDU-Fraktion anzufügen: Die Fraktion begrüsst das Vorgehen des Büros. Wir sind der Auffassung, dass mit einer breit abgestützten Kommission einerseits die Postulate Stefan Marti und Urs Tanner vernünftig umgesetzt werden, andererseits die vom Büro und den Fraktionen erkannten Unzulänglichkeiten der Geschäftsordnung behoben werden können. Ob unsere Geschäftsordnung jemals absolute Perfektion erreichen wird, lassen wir einmal offen. Es ist aber immerhin tröstlich zu wissen, dass auch Friedrich der Grosse und sein Nachfolger am Versuch, die ganze Rechtsordnung in einem Rechtsbuch zu kodifizieren – ich spreche vom Allgemeinen Landrecht für die preussischen Staaten von 1794 – scheiterten.

Die SVP/EDU-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag des Büros vom 17. Mai 2016 eintreten und ihm zustimmen."

Rainer Schmidig (EVP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Mein Votum ist so kurz, dass es sich nicht lohnt, ans Rednerpult zu gehen. Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Dabei gehen wir davon aus, dass die erwähnten, zu bereinigenden Punkte weder vollständig noch unveränderbar sind. Wir werden uns in der Kommission entsprechend einbringen. In diesem Sinn werden wir den Anträgen zustimmen."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Stefan Marti (SP)**, verliest den Bericht und Antrag des Büros vom 17. Mai 2016, Seite 1-2, sowie die Anträge wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Ratsbüros vom 17. Mai 2016 betreffend Einsetzung einer Spezialkommission „Teilrevision

der Geschäftsordnung“ (Umsetzung der Verfahrenspostulate Stefan Marti „Optimierung des Ratsbetriebs nach der Auswertung fünf Jahre verkleinertes Parlament“ und Urs Tanner „Ganzes Sitzungsgeld für ganze Sitzung!“). *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

2. Der Grosse Stadtrat setzt zur Vorbereitung einer Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrates eine 11-er Spezialkommission ein. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Wortmeldung Hermann Schlatter (SVP):

„Während unserer letzten Fraktionssitzung wurde nachgefragt, ob der Präsident des Grossen Stadtrats auch in dieser 11-er Spezialkommission Einsitz nehmen dürfe. Wir gehen in unserer Fraktion davon aus, dass das Büro in corpore vertreten sein wird. Es wäre aus unserer Sicht störend, wenn der Ratspräsident nicht dabei wäre. Für dieses Geschäft ist er neutral genug. Wir sind der Meinung, dass die Beratungen der Spezialkommission nicht dieses Jahr abgeschlossen werden können und der Ratspräsident Einsitz nehmen sollte.“

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Bericht und Antrag des Büros vom 17. Mai 2016 sowie die Anträge in der Schlussabstimmung mit 24:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Motion Hermann Schlatter vom 27. Oktober 2016: Wie verbessern wir die strategische Führung und machen SH-Power fit für die Strommarktliberalisierung

Hermann Schlatter (SVP)

Begründung

„Ausschlaggebend für meine Motion waren zwei wesentliche Vorfälle. So einerseits das Debakel mit den Fehlinvestitionen bei der KBA Hard, an welchem, wohl aufgrund der undurchsichtigen Strukturen, laut alt Obergerichtspräsident David Werner niemand eine Schuld trägt und andererseits das in der Jahresrechnung 2014 sehr magere Resultat des Stromwerkes von SH-Power. Sie erinnern sich sicher, das ausgewiesene Resultat von CHF 8,8 Mio. kam nur dank des Beteiligungsertrags der SASAG im Umfang von CHF 8,3 Mio. zu Stande, das eigentliche Betriebsergebnis des Stromwerkes betrug lediglich gut CHF 550'000.-- und dies bei einem Umsatz von rund CHF 42,5 Mio.

Am vergangenen Dienstag erhielten wir nun endlich auch den Abschluss 2015 der städtischen Werke – oder SH-Power – und auch beim Abschluss 2015 sieht es nicht viel besser aus. Der Einzelabschluss des Stromwerkes schliesst mit einem Gewinn von CHF 774'000.-- ab, dies bei einem Umsatz von CHF 44,2 Mio. Hier möchte ich bei meinen Ausführungen nicht unterschlagen, dass es zwei ausserordentliche Aufwandskomponenten sind, welche den Gewinn in die Tiefe ziehen. So einerseits die Wertberichtigung im Umfang von CHF 5 Mio. beim Pumpspeicherwerk Engeweiher, begründet wird dies damit, dass aufgrund der Marktentwicklung die heutigen Produktionskosten des Pumpspeicherwerks nicht mehr am Markt abgesetzt werden können. Eine weitere ausserordentliche Berichtigung betrifft eine Rückstellung im

Umfang von CHF 1,6 Mio., welche sich voraussichtlich aus dem Schaden des Produktionsausfalls der Maschinengruppe 1 der Kraftwerk Schaffhausen AG ergeben wird.

Zum Vergleich KBA Hard:

Die KBA Hard gehört zum Kläranlageverband, in welchem Exekutivfunktionäre von Stadt, Neuhausen, Flurlingen und Feuerthalen die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Verwaltungskommission stellen. Wie wir zwischenzeitlich festgestellt haben, ist es für uns als Parlament sozusagen unmöglich, bei diesem Konstrukt Einfluss zu nehmen. Unterbreitet werden uns, respektive dem Volk, lediglich Investitionsentscheide und nicht einmal alle, die Umstellung auf den missglückten Verfahrensprozess lässt grüssen. Im Verlauf des KBA-Debakels wurde wohl manchem klar, dass Zweckverbandsorganisationen dann funktionieren, wenn alles rund läuft. Kommt es zu Schwierigkeiten, will niemand die Schuld auf sich nehmen.

Zum Aufsichtsgremium der Städtischen Werke, sprich SH-Power:

Die Verwaltungskommission (VK) setzt sich heute aus zwei Stadträten, vier Grosstadträten und einem Personalvertreter zusammen. Für Laien ist es meiner Ansicht nach sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich, aus den Budget- und Rechnungszahlen die richtigen Schlüsse zu ziehen; erst recht, wenn darin verschiedene Gesellschaften verknüpft sind. Dazu kommt noch die Kraftwerk AG, die in der Rechnung von SH-Power wohl nur als Energielieferant erscheint, die Werke daran aber beteiligt sind. Ihre Organe, die Mitglieder der VK, erhalten aber keine vertieften Informationen zu dieser Beteiligung, mit der Begründung, sie seien ja nicht Aktionäre. Vollends unmöglich scheint mir, dass ein politisch zusammengesetztes Gremium SH-Power wirkungsvoll, strategisch steuern und beaufsichtigen kann, und dies ist ja gemäss Artikel 19 lit. c Organisationsverordnung der städtischen Werke genau die Aufgabe der VK. Dies in noch verstärktem Masse in einem Umfeld das in Bewegung ist: Energiewende, Marktliberalisierung bei Strom und Gas, volle Konkurrenz im Energiecontracting, kopfstehender Grosshandelsmarkt beim Strom und Gas durch den beispiellosen Preiszerfall durch Subventionsverzerrung, politische Aushebelung der Marktkräfte durch die Bundespolitik, wie CO2 und Klimaschutz, Minergielabels, Erosion der Netzfinanzierung durch Abgabenbefreiungen für Eigenproduzenten und neue erneuerbare Energien und Stabilitätsprobleme im Netz durch Flatterstrom. In den letzten 20 Jahren hat sich die Wasserkraft vom Gewinn- zum Verlustbringer entwickelt. In dieser Situation ist es für jedermann schwierig zu steuern, für Laien wohl unmöglich. Übrigens ist die VK gemäss Organisationsverordnung Art. 19 lit. e auch zuständig für die Ernennung des neuen Direktors. Ich gehe davon aus, dass die VK Mitglieder mit den Bewerbern Hearings durchführen, und auch hier meine ich, wären Personen mit Fachwissen wohl eher in der Lage, kritische Fragen an die Bewerber zu stellen.

Aus den vorerwähnten Gründen muss nach meinem Dafürhalten die Verwaltungskommission zwingend mit unabhängigen Spezialisten besetzt werden. Aus meiner Sicht gehören dazu mindestens ein Finanzfachmann und zwei Kenner der Energiebranche. Ich könnte mir inskünftig folgende Zusammensetzung der VK vorstellen:

Ein bis zwei Stadträte, drei Grosstadträte und drei unabhängige Fachleute. Ob es den Vertreter des Personals braucht, lasse ich offen. Machen wir einen Schwenker in die Privatwirtschaft, ist es wohl eher unüblich, dass ein Personalvertreter im Verwaltungsrat und damit im Steuerungsorgan einer Firma Einsitz nimmt.

Zur Rechtsform:

SH-Power ist heute eine Verwaltungsabteilung mit eigener Rechnung. Also im Grunde eine „unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt“. Die überwiegende Zahl der Stadt- und Kantonswerke sind heute eigene Rechtspersönlichkeiten. Mehrheitlich (privatwirtschaftliche) Aktiengesellschaften (AG), aber auch öffentlich-rechtliche selbständige Anstalten. Aus Gründen der Rechtssicherheit wäre die AG wohl grundsätzlich die zu bevorzugende Rechtsform. Es wäre sinnvoll, auch SH-Power in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Es ist mir jedoch klar, dass wir heute zu dieser Frage in unserer Stadt keine Mehrheit finden, zu gross wäre wohl der Widerstand von links, deshalb ist diese Forderung in meiner Motion auch nicht enthalten.

Zur Rechnungslegung mit Anlagenbewertung:

SH-Power rapportiert heute nach SWISS GAAP FER, eine Fachempfehlung zur Rechnungslegung für Schweizer Unternehmen. Diese Fachempfehlungen definiert die Mindeststandards für Unternehmen, welche an der Swiss Exchange am Nebentableau kotiert sind. Damit sind wir bestimmt gut aufgestellt, wenn Feststellungen bei Verletzung gewisser Kennzahlen auch entsprechend angegangen werden. Wenn korrekt nach SWISS GAAP FER rapportiert wird, kann sicher auch davon ausgegangen werden, dass die Aktiven richtig bewertet sind. Dies ist für eine transparente Beurteilung sehr wichtig.

Durch das damit verbundene Restatement wurde die Neubewertungsreserve gebildet, welche beim Stromwerk, aufgeführt unter dem Eigenkapital, rund CHF 89 Mio. ausmacht. Die wirtschaftliche Situation kommt durch diese Bewertungsrichtlinien zum Vorschein. Dies haben wir schmerzlich erfahren müssen, war doch eine dieser Standardempfehlungen, der sogenannte Impairment-Test, dafür ausschlaggebend, dass wir auf den 1. Juli des letzten Jahres die Wasserpreise erhöhen mussten.

Was die eigentliche Darstellung der Jahresrechnung anbelangt, so lässt diese an Informationen immer noch zu wünschen übrig. Meines Erachtens gehört darin ein Organigramm abgebildet, damit nicht nur Insider die Strukturen, sprich Eigentumsverhältnisse, nachvollziehen können, so dass klar ist, was wohin gehört und was wo konsolidiert wird. Auch werden zum Beispiel die Informationen über die Beteiligungen und Finanzanlagen nicht einheitlich dargestellt. Dort, wo wir keine Dividendenerträge erhalten, wird dies mit einer Null angezeigt; dort, wo Dividendenerträge zugeflossen sind, bei der SASAG und bei der Etawatt, fehlen die Angaben zu diesen Erträgen in der Tabelle auf Seite 322 des Geschäftsberichts. Hier ist meines Erachtens die VK gefordert, klare aussagekräftige Darstellungen zu verlangen. Auch dies gehört zu ihren Aufgaben gemäss Organisationsverordnung.

Wirtschaftlichkeit, Ablieferung:

Der Geschäftsabschluss von SH-Power 2015 weist einen Gewinn von rund CHF 9 Mio. aus. Wie schon erwähnt, stammt dieser vorwiegend aus dem Finanzertrag. Die Lage ist für die Zukunft nicht so rosig, wie man meinen könnte. Finanzerträge können wegbrechen. Ich erinnere an die fehlenden Axpo-Erträge beim Kanton.

Selbstverständnis und Leistungsauftrag:

Alle öffentlichen Betriebe kranken strategisch an der Misch-Zielsetzung aus ökonomischen Unternehmen versus politischer Erfüllungsgehilfe. Gesund kann ein Unternehmen nur dann sein, wenn es streng nach wirtschaftlichen Vorgaben geführt wird. Nur dies führt zu einem wirtschaftlichen Fundament, das anschliessend soziale und ökologische Leistungen ermöglicht. Und genau hier liegen meine Zweifel: Wie entwickeln sich die verschiedenen Investitionen, die in den letzten Jahren mit dem

CHF 25 Mio. Kredit getätigt wurden? Sind wir auf dem richtigen Weg? Dazu mangelt es auch an einer gewissen Transparenz. Wer nimmt Einsitz in diesen Gremien, inwieweit sind die VK-Mitglieder in der Lage, sich über diese geplanten respektive getätigten Investitionen ein Bild zu machen, haben sie dazu genügend Kenntnisse oder wird ihnen mit schönen Worten eine Zustimmung zu den Engagements abgerungen? Das heisst, sind diese Investitionen tatsächlich erfolversprechend, oder führen sie zu Pleiten wie das Engagement in die Biorender AG oder als jüngstes Beispiel aus der Stadt Winterthur, die Investition in die Wärme Frauenfeld AG?

Auch aus der Geschichte der KBA – Hard wissen wir, dass es unerprobte ökologische Wunschvorstellungen waren, ja Experimente, und eben nicht erprobte wirtschaftliche Gegebenheiten im Zentrum standen, auf welche die zuständigen Gremien gesetzt haben. Dies mussten unsere Stadtkasse und letztlich unsere Steuerzahler schmerzhaft erfahren. Und genau hier setze ich meine Zweifel an.

Zur Aufsicht:

Meines Erachtens geht es nicht an, dass der Präsident der Verwaltungskommission gleichzeitig auch die Aufsicht über die Städtischen Werke wahrnimmt. So ist Stadtpräsident Peter Neukomm innerhalb des Stadtrates zuständig für die Werke und gleichzeitig Präsident der VK, welche nach der Organisationsverordnung über die Werke zu wachen hat. Dies kann zu schwierigen Situationen führen, denn was will er allenfalls hinterfragen oder kritisieren, was er vorher, als zuständiger Stadtrat, zusammen mit dem CEO, also dem Werkdirektor, vereinbart hat? Anders ist dies zum Beispiel beim Bankrat der Schaffhauser Kantonalbank geregelt. Hier ist es ein frei gewähltes Mitglied, welches das Präsidium inne hat, und nicht der delegierte Regierungsrat, der im Bankrat Einsitz nimmt. Dabei gilt noch zu erwähnen, dass es sich bei der Schaffhauser Kantonalbank, im Gegensatz zu SH-Power, nicht um eine Verwaltungsabteilung des Kantons handelt, sondern um öffentlich-rechtliche Anstalt.

Was die Aufsicht anbelangt, so liegt die Zuständigkeit sowohl bei der KSD wie auch bei den Verkehrsbetrieben bei der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrats (GPK). Bei den Städtischen Werken ist dies anders. Hier ist die VK abschliessend zuständig. Es geht meines Erachtens nicht an, insbesondere dann nicht, wenn die VK-Mitglieder nur mangelnde Gelegenheit haben, Auskunft auf Fragen zu erhalten, weil die Sitzungen von engen Zeitlimiten begrenzt sind, was bei einzelnen VK-Mitgliedern den Eindruck hinterlässt, sie seien in diesem Gremium nur Statisten. So hört man, die wichtigen Entscheide seien vorher, in der Verwaltung gefallen und für eine Grundsatzdiskussion fehle oftmals die Zeit. Zudem fehle meist die fachliche Kompetenz, auf Gegenargumente eingehen zu können. Darum bleibe bei Entscheiden über grosse Investitionssummen meist ein unsicheres Gefühl zurück.

Zum Schluss:

Ich weiss, es war dieser Rat, nur grösstenteils in anderer Besetzung, welcher im Februar 2006 die heutige Organisationsverordnung für die Werke Schaffhausen erlassen hat, und es waren auch unsere Volksvertreter der SVP, welche dieser VO zugestimmt haben. In den letzten 10 Jahren ist viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen. Die Zeiten sind schwieriger geworden und haben sich insbesondere beim Strommarkt markant verändert. Dazu kommt, dass wir mit der KBA schmerzliche Erfahrungen gemacht haben, welche sich auf keinen Fall in irgendeiner Form wiederholen dürfen. Aus diesem Grund bin ich der festen Meinung, dass meine Motion berechtigte Forderungen enthält.

Es geht mir mit dieser Motion aber auch nicht darum, die heutige Rechtsform zu

hinterfragen, oder den Präsidenten der VK, Stadtpräsident Peter Neukomm beziehungsweise einzelne Mitglieder der Verwaltungskommission an den Pranger zu stellen, sondern ich möchte mit meinem Vorstoss erreichen, dass die strategischen Führungsstrukturen verbessert werden. Insbesondere soll die Verwaltungskommission der Städtischen Werke als strategisches Führungs- und Aufsichtsorgan gestärkt werden, zudem sind die Verantwortlichkeiten zu entflechten, mit dem Ziel, mit diesen Massnahmen die Strukturen für die Führung und Aufsicht der Werke zu verbessern und gleichzeitig das Unternehmen fit zu machen für die anstehenden Herausforderungen der Strommarktliberalisierung.

Zum Schluss darf ich Ihnen mitteilen, dass die SVP/EDU-Fraktion meine Motion unterstützt und ihr zustimmen wird. Nun bin ich gespannt auf den Bericht des Stadtrates und die Stellungnahmen aus den Fraktionen. “

Der **Ratspräsident** begrüsst an dieser Stelle Werkdirektor Herbert Bolli, der neben Stadtpräsident Peter Neukomm Platz genommen hat.

Stadtpräsident Peter Neukomm

Stellungnahme Stadtrat

”Der Motionär und die Mitunterzeichnenden verlangen eine Vorlage zur Verbesserung der strategischen Führungsstrukturen, insbesondere der VK, und eine Klärung der Aufsichtsverantwortung. Ich unterteile die Stellungnahme des Stadtrates in vier Teile:

1. Vorbemerkung und Rückblick (Ich denke, es ist wichtig einen Rückblick zu machen, vor allem für diejenigen, die noch nicht so lange dabei sind, und dies sind doch ziemlich viele in diesem Saal.)
2. Aufsichtsverantwortung und strategische Führung
3. Wettbewerbsfähigkeit von SH-Power
4. Fazit

Da die Motion einen recht komplexen Bereich beschlägt, und ich auf einzelne Aussagen in der Begründung eingehen werde, sind meine Ausführungen etwas länger als üblich. Ich bitte um Verständnis.

1. Vorbemerkungen und Rückblick:

Die Städtischen Werke sind als erfolgreiches Verbundunternehmen nicht nur ein wichtiger Wert in den Büchern der Stadt. Gemäss Werthaltigkeitstest zum Jahresabschluss 2015 kommt den Werken ein Buchwert von CHF 186 Mio. und ein Ertragswert von fast CHF 700 Mio. zu. Die jährlichen Ablieferungen der Werke von mehreren Millionen Franken (2015: CHF 8 Mio., seit 1991 über CHF 100 Mio.) stellen seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zum finanziellen Wohlergehen unserer Stadt dar. Das zeigt, dass die rund 150 Mitarbeitenden von SH-Power ausgezeichnete Arbeit leisten, dazu gehört auch die Geschäftsleitung. Sie sorgen seit Jahrzehnten für eine verlässliche Grundversorgung mit Energie und Wasser zu konkurrenzfähigen Preisen. Ich habe Ihnen in den verteilten Folien eine erste Folie mit den wichtigsten Angaben angefügt.

Zur Vorgeschichte:

Am 2. Juni 2002 wurde in der Stadt und in Neuhausen über die Vorlage zur Verselbständigung der Städtischen Werke Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfluss (SH-Power) abgestimmt. Die Begründung der damaligen Vorlage deckte sich weitgehend mit derjenigen der vorliegenden Motion. Die Werke sollten im Hinblick auf

die Herausforderungen der Strommarktliberalisierung fit gemacht werden. Die Stimmberechtigten der Stadt Schaffhausen lehnten die Vorlage mit 7531 Nein zu 4091 Ja-Stimmen deutlich ab. In Neuhausen wurde sie mit 2'093 Nein zu 897 Ja noch deutlicher verworfen. Nach diesen Volksentscheiden mussten für die Werke neue Wege gesucht werden, um deren Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die Veränderungen im Energiemarkt zu verbessern. Dieser Handlungsbedarf wurde auch im städtischen Parlament erkannt. Am 3. September 2002 wurde eine vom ehemaligen Grossstadtrat Kurt Zubler unter dem Titel „Städtische Werke ohne Verselbständigung erfolgreich am Markt“ eingereichte Motion zur Prüfung der Organisation überwiesen. Am 4. März 2003 wurde meine Motion betreffend Regelung der Ablieferungen an die Stadt erheblich erklärt. Sie sehen, ich war damals schon mit dabei.

In der Folge setzten der Stadtrat und der Gemeinderat Neuhausen am Rheinfall zur Umsetzung der genannten Motionen die „Arbeitsgruppe Strategie, Strukturen und Finanzen“ (AG SSF) mit folgendem Auftrag ein:

- Ausarbeitung von Alternativen zur Verselbständigung
- Kompetenzregelung der Entscheidungsgremien
- Optimierung der Flexibilität der Werke
- Regelung der Ablieferungen an die Stadt

Die von dieser Arbeitsgruppe ausgearbeitete Vorlage enthielt eine Verfassungsänderung, welche die Einführung eines Globalbudgets für die Werke sowie eine Kompetenzerweiterung der Verwaltungskommission (VK) ermöglichte.

Die VK erhielt per Verfassung neben ihrer Aufsichtsfunktion auch noch Exekutivkompetenzen. In den ersten Entwürfen der Arbeitsgruppe war beabsichtigt, dass auch Fachkräfte, welche nicht Mitglied des Grossen Stadtrates sind, in die VK gewählt werden könnten. Diese Option wurde dann aber nicht in die Schlussversion des Antrages an den Grossen Stadtrat aufgenommen. Die Organisationsverordnung für die Städtischen Werke (RSS 7000.1) bestimmt in Art. 6, dass die Verwaltungskommission sieben stimmberechtigte Mitglieder umfasst, von denen die Mehrheit, das heisst vier Mitglieder dem Grossen Stadtrat angehören müssen. Das Präsidium und ein weiterer Sitz werden von Mitgliedern des Stadtrates besetzt, als siebtes stimmberechtigtes Mitglied ist ein von den Mitarbeitenden der Werke gewähltes Mitglied zur Vertretung des Personals vorgesehen. Damit bleibt kein freier Sitz für die Wahl eines branchen- oder fachkundigen externen Mitgliedes. Diese Feststellung stimmt.

Als weiteren Eckpfeiler der damaligen Vorlage wurde die Berechnung der Ablieferung an die Stadtkasse (RS 7000.11) auf der Grundlage des erarbeiteten Cashflows abzüglich der getätigten Investitionen festgelegt. Mit dieser Berechnungsformel wird einerseits verhindert, dass die Werke finanziell ausgehöhlt werden und andererseits gewährleistet, dass sie nicht unnötig Geld thesaurieren können. Im Bereich der Tarife werden die grundlegenden Entscheide in Rahmentarifen des Grossen Stadtrates getroffen, welche dem fakultativen Referendum unterstehen. Jedoch verfügt die Verwaltungskommission über die Kompetenz, innerhalb der Rahmentarife flexibler auf den Markt zu reagieren. Hier hat der Grosse Stadtrat also gewisse Kompetenzen an die VK abgegeben.

Die neue Organisation und Regelung der Ablieferung wurde im Rahmen einer Verfassungsänderung durch die Stimmberechtigten mit über 70% Zustimmung genehmigt und auf den 1. Januar 2007 zusammen mit der neuen

Organisationsverordnung in Kraft gesetzt. Verfassung und Organisationsverordnung regeln denn auch klar die Zuständigkeiten der verschiedenen Organe, insbesondere auch die Aufsicht über die Städtischen Werke. Im Zusammenhang mit der Totalrevision der Stadtverfassung von 2011 wurde die Regelung aus dem Jahr 2006 unverändert übernommen (Art. 53 und 54 der Stadtverfassung vom 25. September 2011). Das heisst die Stimmberechtigten haben über die geltende Organisation in den letzten 10 Jahren bereits zweimal entschieden und diese klar befürwortet.

2. Aufsichtsverantwortung und strategische Führung:

Die Aufsichtsverantwortung bei den Städtischen Werken hat in der Vergangenheit im Grossen Stadtrat auch schon Fragen aufgeworfen (GPK-Sitzung vom 9. Juni 2011). Diese sind jedoch mit einem gemeinsamen Schreiben des Werkreferenten und des Werkdirektors vom 14. November 2011 geklärt worden. Der Rechtsdienst der Stadtkanzlei hat dieses Thema zusammen mit dem Stadtrat geprüft. Von unklaren Verantwortlichkeiten, wie sie die Motionäre monieren, kann keine Rede sein. Die Aufsicht ist in der Verfassung und der Organisationsverordnung der Werke klar abgebildet. Der Vergleich mit den nicht einfachen Strukturen und Verantwortlichkeiten des Kläranlageverbands (KAV) geht fehl, handelt es sich doch beim KAV um einen Zweckverband nach Gemeindegesetz mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit mehreren Eigentümern. Die Städtischen Werke sind hingegen im Alleineigentum der Stadt und haben den Status einer unselbständigen Abteilung.

a) Beteiligungen

Gemäss Motionsbegründung komme bei der Aufsicht und Führung von SH POWER erschwerend die Struktur der Werke mit diversen Tochterunternehmen hinzu. Dazu gilt es, Folgendes festzuhalten:

SH-Power kann über keine Tochterunternehmen verfügen, weil sie selber gar keine eigene Rechtspersönlichkeit hat. Sie ist eine unselbständige Abteilung der Stadt. Bei den Beteiligungen, welche in ihrer Rechnung „parkiert“ sind, handelt es sich um Beteiligungen der Stadt. Hier besteht volle Transparenz (ich verweise auf die 2. Folie mit den Beteiligungen, welche ich Ihnen beigelegt habe).

Wenn SH-Power selbständig wäre, könnte am ehesten bei der ETAWATT AG von einer Tochterunternehmung gesprochen werden, weil dies die einzige Unternehmung ist, an welcher wir über eine beherrschende Stellung verfügen. Das ist per se bei einer Tochterunternehmung der Fall, dass die Mutter über eine herrschende Stellung verfügen muss. Das wäre nur bei der ETAWATT AG der Fall. Die ETAWATT AG ist kein Energieversorger im engeren Sinn. Sie verkauft Energiedienstleistungen wie Wärme, Kälte, Licht usw. und ergänzt damit die Angebote von SH-Power ideal. Zukünftig wird die Rolle der ETAWATT AG noch wesentlich wichtiger, weil das Kerngeschäft des Strom- und Gasverkaufs nicht mehr ausreichen wird. Die KWS AG stellt einen Sonderfall dar. Alles andere sind bloss Minderheitsbeteiligungen. Bei diesen handelt es sich um Unternehmen des Privatrechts, die im Wettbewerb stehen und die nach den Regeln des Obligationenrechts beurteilt und geführt werden. Deshalb kann es hier auch keine uneingeschränkte Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit bezüglich Geschäftsstrategien oder Entschädigungen an Mandatsträger geben.

b) Spezialgesetzliche Regelung

Was sind nun die Besonderheiten bei der finanziellen Führung der Werke?

Teil der 2007 in Kraft getretenen neuen gesetzlichen Grundlagen der Organisation der Städtischen Werke war die Kompetenzordnung für die Rechnungsprüfung. Die

Stadtverfassung und die darauf abgestützte Organisationsverordnung der Werke sehen eine spezielle Regelung sowohl für die Rechnungsführung wie auch die Rechnungsprüfung vor. So gilt für die Werke gestützt auf die Stadtverfassung und das Finanzhaushaltsgesetz ein Globalbudget. Die Rechnung der Städtischen Werke wird von einer jeweils auf zwei Jahre gewählten fachkundigen Revisionsstelle geprüft, von der VK genehmigt und zuhanden des Stadtrats zur Aufnahme in die Stadtrechnung verabschiedet. Die Prüfung muss dabei nach Art. 24 der Organisationsverordnung durch einen besonders befähigten Revisor erfolgen. Wir haben das gehört - das erfolgt nach SWISS GAP FER. Mit dieser an die auch für private Firmen geltenden Standards angelehnten Vorschrift ist gewährleistet, dass ein hoher Prüfungsstaffstab zur Anwendung gelangt. Die bisherige Erfahrung mit der Regelung von 2007, die 2011 vom Volk bestätigt wurde, zeigt, dass sich die VK ernsthaft und kritisch mit der Rechnung und mit dem jeweiligen Revisionsbericht auseinandersetzt. Das ist der Eindruck, den der Stadtrat hat.

Nach ihrer Prüfung verabschiedet die VK die Rechnung zuhanden des Stadtrates, der sie in die Stadtrechnung integriert. Aufgrund der spezialgesetzlichen Regelung ist die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Stadtrats von der inhaltlichen Prüfung der Werkrechnung damit entlastet. Ihre Aufgabe beschränkt sich darauf zu prüfen, ob die Werkrechnung gesetzeskonform in die städtische Rechnung integriert wurde. Die Verantwortlichkeiten sind damit klar. Dass es im Rahmen der Rechnungsprüfung, insbesondere im Zusammenhang mit den zu berücksichtigenden Risiken und der Werthaltigkeit der Anlagen, in jüngster Vergangenheit zu Diskussionen gekommen ist, zeigt wie ernsthaft die Prüfungen vorgenommen werden. Die VK denkt also mit. Dass es für Milizparlamentarier ohne spezielle Branchenkenntnisse und/oder ohne eine Finanzausbildung anspruchsvoll ist, diese Einschätzungen vorzunehmen, erscheint sehr verständlich. Das gilt ja nicht nur bei diesen Angaben der städtischen Werke.

Deshalb und aufgrund der grossen Werte, die in unseren Werken stecken, habe ich bei meinem Antritt als Werkdirektor dafür gesorgt, dass im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss und bei allen anderen wichtigen finanziellen Themen immer auch der Bereichsleiter Finanzen als Finanzfachmann bei der VK mit am Tisch sitzt. Dadurch ist einerseits die direkte Information der städtischen Finanzen gewährleistet und andererseits kann der Zentralverwalter mithelfen, spezifische Fachfragen zu prüfen und der VK verständlich zu erläutern. Nun haben auch einzelne Mitglieder der VK die Motion unterschrieben. Das zeigt, dass zumindest bei diesen ein zusätzlicher Bedarf nach fachlicher Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichts- und Leitungsfunktion besteht. Dazu bietet der Stadtrat gerne Hand.

Das Problem der beschränkten zeitlichen Verfügbarkeit der Milizparlamentarier hingegen wird kaum über Struktur- und Supportverbesserungen zu lösen sein. Das grösste Problem, das ich bis jetzt erlebt habe in der VK, ist jeweils das Finden eines Termins, da nützen auch Struktur- und Supportverbesserungen nichts. Das ist ein grundsätzliches Problem der parlamentarischen Aufsicht, das sich mit der Verkleinerung des Grossen Stadtrats noch verschärft hat. Wenn sich Grossstadtratsmitglieder in solch anspruchsvollen Gremien wählen lassen, sollten sie aber auch bereit und in der Lage sein, an mindestens vier Sitzungen pro Jahr teilzunehmen und auch einmal, wenn es nötig wird, kurzfristige an eine Sitzung zu kommen. Bei der VK ist es umso wichtiger, weil es keine Vertretungsmöglichkeiten gibt. Und wir sind hier ja immer sehr kooperativ und grosszügig. Wir haben auch nichts zu verstecken: So haben wir es sogar ermöglicht, dass ein Grossstadtrat, der monatelang beruflich im Ausland weilte, per Telefonkonferenz an VK-Sitzungen

teilnehmen konnte, um sich trotzdem einzubringen. Den Vorwurf, dass man die VK-Mitglieder nicht transparent bedient und sie auch nicht die Möglichkeit haben, sich genügend einzubringen, weise ich an dieser Stelle entschieden zurück.

3. Wettbewerbsfähigkeit von SH-Power:

Zuerst zur Strommarktliberalisierung, welche die Motionäre als Hauptgrund für ihren Vorstoss aufführen: Da kann ich Entwarnung geben. Die ursprünglich auf 2018 geplante, vollständige Strommarktöffnung ist aufgrund des noch nicht zustande gekommenen Stromabkommens der Schweiz mit der EU bis auf weiteres verschoben. Das haben die Medien vor kurzem unter dem Titel: „Bundesrat schiebt Strommarktliberalisierung auf die lange Bank“ berichtet. Der Bundesrat will die Verhandlungen mit der EU über das Stromabkommen, die Energiestrategie 2050 und die geplante Revision des Stromversorgungsgesetzes abwarten. Das Stromabkommen wiederum hängt stark zusammen mit institutionellen Fragen im Verhältnis Schweiz - EU, für die vorderhand keine Lösungen absehbar sind. Und es bestehen erhebliche Zweifel, ob die volle Marktöffnung politisch überhaupt mehrheitsfähig sein wird. Die Vernehmlassung dazu war nicht sehr positiv. Ein Referendum dazu ist wahrscheinlich. Der Bund und die Energiebranche sind sich deshalb einig, dass die Einführung der vollen Marktöffnung ungewiss ist. Bisher wurde mit 2022 als frühestmöglichem Termin gerechnet. Aktuell getraut man sich nicht einmal mehr, eine Prognose abzugeben. Wie die Motionäre aber richtig feststellen, ist die Wettbewerbsfähigkeit der Werke für die Zukunft von erheblicher Bedeutung, was sich auch aus folgenden vier Tatsachen ableiten lässt:

1. In der EU sind der Strom- und Gasmarkt 100% geöffnet.
2. Der Schweizer Strommarkt ist seit 2009 teilgeöffnet für Kunden mit einem Jahresstromverbrauch von mehr als 100'000 kWh
3. Tiefer Ölpreis, Frankenstärke und grosse Mengen an subventioniertem Kohlestrom im Markt sowie der starke Zubau von geförderten Fotovoltaik- und Windenergie in der EU haben den Strommarkt stark verzerrt. Das hat selbst der erneuerbaren Schweizerischen Wasserkraft die Konkurrenzfähigkeit entzogen. Davon ist auch SH-Power betroffen, das wurde richtig erwähnt, wie sich u.a. beim Abschreiber von Fr. 5 Mio. auf dem Pumpspeicherwerk Engeweiher (auch zu tiefer Gesamtwirkungsgrad von 65 %) im Jahresabschluss 2015 zeigt. Diese Preissituation im Energiemarkt wird sich aber mittelfristig mit Bestimmtheit wieder ändern, weil die fossilen Brennstoffe aufgrund der CO₂-Problematik und den politischen Anstrengungen gegen die weitere Klimaerwärmung unter Druck geraten und damit sicherlich wieder teurer werden.
4. Seit 1. Oktober 2012 ist auch der Schweizer Gasmarkt für grosse Kunden teilgeöffnet, hier jedoch noch nicht gestützt auf eine spezialgesetzliche Regelung (das geplante Gasversorgungsgesetz wird nicht vor 2022 in Kraft treten können), sondern auf der Basis einer Verbändevereinbarung zwischen der Gasindustrie und den industriellen Grosskunden.

Dass die städtischen Werke sich für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet haben und immer noch wappnen zeigen folgende Massnahmen:

- Sie haben sich mit dem Ausbau der Energiebeschaffung auf strukturierten Energieeinkauf für Strom und Erdgas erfolgreich auf die Veränderungen vorbereitet und können somit ebenfalls zu Marktpreisen offerieren.
- Es sind diverse zukunftssträchtige Beteiligungen eingegangen worden, welche sich positiv auf die Konkurrenzfähigkeit auswirken (vgl. Folie Beteiligungen).
- SH Power hat rechtzeitig auf den erfolgversprechenden Umstieg auf

erneuerbare Energien gesetzt. Wir sind auf bestem Weg, das mit der 2012 vom Volk klar angenommenen Vorlage für den 25 Millionen Rahmenkredit gesetzte Ziel von 90% Anteil Strom aus erneuerbaren Energien zu erreichen.

- SH-Power hat sich auch auf anderen Ebenen gewappnet.
- SH-Power muss künftig die Netze, die immer als Monopole erhalten bleiben, so unterhalten und betreiben, dass Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleistet sind. Dies bedingt unter anderem den Aufbau eines sog. Smart-Grids. Auch hier will SH-Power führend sein.

Ein Grossteil der marktzutrittsberechtigten Grosskunden kauft heute ihren Strom an der Börse ein, zum Glück zu einem grossen Anteil über ihre angestammten Stromversorger. Trotzdem haben diverse Kunden ihren Stromlieferanten gewechselt. Im Erschliessungsgebiet von SH-Power sind das 10 Kunden mit einem Gesamtjahresbedarf von 15 GWh. Es konnten aber auch Neukunden, die nicht im Versorgungsgebiet liegen, dazugewonnen werden. Trotz der äusserst aggressiven Bearbeitung von SH-Power Kunden durch Fremdversorger, bleiben viele Kunden treu. Das liegt vor allem an der hohen Qualität der Arbeit von SH POWER und dem positiven Image einer starken und sympathischen, regionalverankerten Marke. Der neue Klima Power Shop an der Vordergasse 38 verstärkt diese Kundenbindung. Bisher beteiligen sich bereits 21 wechselberechtigte Unternehmen als Klima-Partner für Schaffhausen und nutzen das SH-Power-Angebot. Ein grosser Partner konnte aufgrund der Klima Power Shop Idee sogar als Neukunde gewonnen werden.

Dass SH-Power seine Hausaufgaben macht, zeigt auch die nachfolgende Grafik von Energie Schweiz. SH-Power liegt im Benchmark der Stromlieferanten betreffend Massnahmen für mehr erneuerbare Energien per November 2015 bei den Stadtwerken mit an der Spitze.

Die Motionäre weisen richtigerweise darauf hin, dass beim Strom aufgrund der ausserordentlichen Marktsituation die Margen zurzeit im Keller sind. Mit der Aufhebung der Euro-Untergrenze und aufgrund der Wasserzinsen wird der Strom der KWS AG aktuell mit einem Verlust (CHF 0.5 – 1 Mio. pro Jahr) bezogen, da die Gestehungskosten höher sind als der Marktpreis. Dass sich dies auch im Ergebnis von SH-Power auswirkt, erscheint logisch. Hier gilt es aber auch darauf hinzuweisen, dass wir mit diesem Bezugsrecht der KWS AG während mehr als 50 Jahren sehr gute Renditen erzielt haben. Zu kurz greift bei der Analyse der finanziellen Ergebnisse die Fokussierung auf das Jahr 2014. Wenn die vorhergegangenen Jahre und das um Sonderfaktoren bereinigte 2015 mit einbezogen werden, wird das Bild wesentlich positiver. Wenn wir das Budget 2016 anschauen, dann gehen wir davon aus, dass wir wieder bei CHF 1,6 Mio. landen werden.

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass der Netzbereich streng reguliert ist, das heisst gesetzlich genau vorgeschrieben ist, wie viel man verdienen darf. Wird der Gewinn in einem Jahr höher, muss das in den Folgejahren den Kunden wieder zurückgezahlt werden.

Beim Gas sieht es finanziell heute noch etwas besser aus. Das zeigt auch das Jahresergebnis des Gaswerks 2015 mit einem Plus von über CHF 8 Mio. Die Rahmenbedingungen sind aber auch im Gasmarkt im Fluss, aber weit weniger dynamisch als beim Strom.

Die anspruchsvollste Herausforderung an der aktuellen Situation im Energiemarkt ist die Ungewissheit darüber, was die Zukunft bringen wird. Dies beschäftigt nicht nur uns,

sondern alle rund 600 Energieversorgungsunternehmen.

An einigen Orten wird mit Verselbständigungen darauf reagiert. Diese sind aber in der Regel politisch stark umstritten, wie in Schaffhausen vor 14 Jahren. In Wetzikon ist vor kurzem eine Verselbständigungsvorlage vom Volk abgelehnt worden. Und den in der Motion erwähnten Verselbständigungsbestrebungen in den Städten Zürich und Winterthur werden keine grossen Erfolgschancen eingeräumt. Hinter den Kulissen wird bereits darüber spekuliert, wann sie versenkt werden, ohne es überhaupt bis in eine Volksabstimmung zu schaffen. Aufgrund der in der Ausgangslage (vergleiche oben Ziff. 1) ausgeführten politischen Vorgeschichte bei uns steht für den Stadtrat – auch in Respektierung des klaren Volksentscheids - eine Verselbständigung der städtischen Werke nicht im Vordergrund.

Hingegen wird immer intensiver nach Wegen gesucht, die Kosten pro Energiekunde zu minimieren. Hierzu werden zurzeit Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit der EKS AG ausgelotet, insbesondere bei der Energiebeschaffung, beim Vertrieb und den Netzen. Diese beschlagen aber weder den Querverbund noch die Rechtsform resp. die Eigentumsverhältnisse. Trotz der zunehmenden Anforderungen an die strategische und operative Führung ist der Stadtrat der Überzeugung, dass die VK der Städtischen Werke wie auch deren Geschäftsleitung den gestellten Aufgaben bisher gewachsen waren und einen guten Job gemacht haben. SH-Power hat sich in den letzten acht Jahren kontinuierlich zum Infrastrukturdienstleister mit ökologischer Ausprägung entwickelt, wie das mit der vom Grossen Stadtrat 2011 verabschiedeten Strategievorlage festgelegt worden ist. Schweizweit wird die Positionierung von SH-Power mit Respekt beobachtet und motiviert viele Nachahmer. In einem Swisspower Monitoring aus dem Jahr 2014 wird SH-Power eine sehr gute Verankerung in der Bevölkerung und die höchste Weiterempfehlungsrates unter den Stromanbietern innerhalb der Swisspower Werke attestiert. Die positiven Ergebnisse bei diesen Benchmarks werden auch durch den Publikumserfolg des Dokumentarfilms „Die Rheinmacher“ unterstrichen. Er ist mit gegen 6'000 Kinobesuchern zurzeit der bestbesuchte Dokumentarfilm schweizweit. Zudem haben in der Vergangenheit diverse Volksabstimmungen die gute Verankerung von SH-Power bei der städtischen Bevölkerung bestätigt. Ich verzichte darauf, die Liste herunterzulesen. Auch die Volksabstimmung des letzten Wochenendes mit der 77%-igen Zustimmung zum Bau des neuen Werkhofs zeigt das hohe Vertrauen, das SH-Power bei uns genießt. Aber ich geben Ihnen recht, wir können uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen.

4. Fazit:

Das Anliegen ist in der VK leider noch nie thematisiert worden, auch nicht von denjenigen VK-Mitgliedern, welche den Vorstoss unterschrieben haben. Deshalb haben wir bisher auch keinen Handlungsbedarf erkennen können. Wenn aber heute im Grossen Stadtrat das Bedürfnis besteht, eine Stärkung der strategischen Führung zu prüfen und man in diesem Zusammenhang auch die vom Grossen Stadtrat und vom Volk mehrfach beschlossene Regelung anschauen will, wehren wir uns nicht dagegen. Wir haben jetzt gehört, in welche Richtungen das gehen könnte. Wir sind da offen und in diesem Sinne auch bereit, die Motion, oder wenn es dann zu einem Postulat wird, wie man hinter den Kulissen hört, entgegen zu nehmen um diese Anliegen zu prüfen.

Nun noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen von Hermann Schlatter: Womit ich einfach etwas Mühe habe, sind die Vergleiche mit der KBA Hard. Ich bitte Sie, diese Vergleiche dosiert einzusetzen und nicht mit der grossen Kelle, weil die KBA Hard und das Problem, das dort bestand, gar nichts mit den Werken zu tun hat. Wir

haben eine völlig andere Ausgangslage sowohl bei der Aufsicht als auch der Steuerung. Ich kann hier beim besten Willen keine Parallelen erkennen.

Für mich neu ist die Aussage, dass man keine Auskünfte über die KWS AG gebe. Ich höre dies zum ersten Mal. Ich bitte diejenigen, die das Gefühl haben, sie hätten zu wenige Auskünfte über die KWS AG, sich bei mir zu melden. Wir stehen für Transparenz und haben nichts zu verheimlichen.

Zu den Investitionen in erneuerbare Energien: Es ist mir schon klar, dass Ihnen dies nicht passt. Dies hat das Volk so entschieden, und Sie müssen dies auch irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen. Es sind keine Risikoinvestments, sondern wir wenden einen sehr hohen Sorgfaltsstandard an. Bei jedem dieser Investments holen wir von unabhängigen Wirtschaftsprüfungsorganisationen Einschätzungen über die Renditen ein. Sie können sicher sein, dass wir dies auch in Zukunft so handhaben werden. Nicht nur wir und die VK nehmen Beurteilungen vor. Es wird immer eine Drittmeinung von kompetenten branchennahen Firmen, die eine korrekte Einschätzung vornehmen können, eingeholt.

Damit beende ich meine Ausführungen und die Schlussfolgerungen des Stadtrats. Wir haben nichts zu verbergen. Wir sind auch bereit, die Thematik, in welcher Form auch immer diese überwiesen wird, zu prüfen. ”

Till Hardmeier (JFSJ)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Ich bin in dieser VK und habe auch schon den Wunsch nach mehr Fachwissen geäußert, weil wir als Politiker dieses nicht haben. Als VK-Mitglied fühle ich mich manchmal wie auf einer Taxifahrt in Lateinamerika. Sie steigen ein, sagen, wohin Sie wollen, sagen es allenfalls nochmals und nochmals, um sicher zu sein. Unterwegs sind Sie aber nie ganz sicher, ob Sie auf dem richtigen Weg sind oder ob man einen Umweg fährt. Sie wissen auch nie, gibt es einen Unfall, eine Panne oder gar einen Überfall, und Sie verlieren Ihr Hab und Gut. Wenn es keine Standardroute ist, muss man manchmal fragen und oft zurückfahren. Wenn Sie dann Bedenken äussern, heisst es: No problema, todo bien. Ich fühle mich in der VK ganz ähnlich. Am Schluss bezahlt man als Fahrgast die Rechnung, egal, wo man durchgefahren ist.

Früher war die VK ein bisschen gemütlicher, eine Fahrt ins Blaue. Heute ist es für mich eine schwierige Bergstrecke, auf der man nicht weiss, ob irgendwo ein Fels herunterstürzt oder eine Eisfläche auftaucht. Verwaltungskommission ist auch ein falsches Wort. Man muss nicht mehr verwalten, sondern steuern und proaktiv sein, vorausschauen können. Wir haben es gehört - Liberalisierung ist nicht mehr so sicher für die Kleinkunden, aber für die Grossen ist es schon Realität. Es entstehen also neue komplexe Herausforderungen, die gemeistert werden müssen.

Wir sind ein kleiner Player im Markt. Sollen wir hoffen, dass grosse Player nicht hierher kommen und angreifen? Und sind wir sicher, ob es gut ist, wenn wir die Kunden mit teuren Marketingkampagnen emotional an das Unternehmen und den Strom binden?

Wie wir gehört haben, haben wir Grosskunden verloren. Sollen wir jetzt versuchen, aktiv in anderen Gebieten zu grasen und Grosskunden anzuwerben? Bei den neuen Technologien gibt es eine grosse Bandbreite. Sollen wir überall ein bisschen investieren oder ist es besser zu fokussieren? Brauchen wir eine eigene Stromhandelsabteilung, einen eigenen Vertrieb oder sollen wir uns mit jemandem zusammenschliessen? Ist das EKS eher ein Freund oder ein Feind? Wie sollen wir

damit umgehen? In der Branche könnte man Bereiche vielleicht verkaufen oder andere einkaufen? Unsere Anlagen mussten wir abschreiben. Sind diese noch werthaltig und zukunftsfähig?

Wir alle haben vermutlich eine Meinung zu diesen Fragen. Aber sind wir doch ehrlich: Wir sind weder die Fachexperten noch haben wir die nötige Erfahrung. Was gibt es also zu ändern?

Es braucht meines Erachtens unabhängige und kritische Fachpersonen in der VK. Sie müssen helfen, den Kurs mitzubestimmen und auf Probleme hinzuweisen. Wir Politiker können dies vielleicht ansatzweise, aber wir können zu wenig hinter die Kulissen schauen. Mit der Pensionierung eines Teils der Geschäftsleitung haben wir gleichzeitig die Möglichkeit, vielleicht eingeschliffene Dinge neu zu hinterfragen oder auch ein anderes Profil der Geschäftsleitung zu installieren. Man kann sich auch fragen, ob die Strategievorgabe, die wir als Grosser Stadtrat vornehmen, gut für das Werk ist und wie es generell aufgestellt ist?

Wir haben eine Revisionsgesellschaft, die kontrollieren muss. Aber gleichzeitig müssen wir diese auch als Sparringspartner nutzen können, um gewisse Informationen aus der Branche zu erhalten, wie andere dies auch machen. Ich selber hätte keine Mühe, wenn die GPK in die VK käme, um gemeinsam diskutieren zu können. Wir selber könnten kritischer werden, und manchmal werden unsere Anliegen nicht unbedingt erhört.

Um auf die Taxifahrt in Südamerika zurückzukommen: Wir sind auf halber Fahrt, wir können gewisse Dinge wie den Kurs und die Geschwindigkeit in den Griff bekommen. Wir wissen aber nicht, ob irgendwann der Überfall oder ein Unfall passiert. Dies wird erst die Zukunft zeigen. Wir sind sicher erschrocken, als wir von den grossen Verlusten und Abschreibungen der Alpiq hörten. Die tiefen Strompreise sind ein europäisches Problem, das uns auch plagt. Ich möchte nicht eines Tages Geld nachschieben müssen. Bis jetzt hatten wir immer das Glück, dass wir Geld in die Stadtrechnung erhalten haben, und dies bleibt hoffentlich auch so.

Unsere Fraktion unterstützt deshalb die Motion und bittet den Stadtrat, die Anliegen dringend an die Hand zu nehmen. Noch ein Punkt zur Zusammensetzung: Meiner Meinung nach müsste der Grosse Stadtrat die Mehrheit der Mitglieder stellen, nicht die Berater. Wir sollten politisch sagen, wohin der Weg geht, aber nicht nur politisch motiviert, sondern vor allem mit dem entsprechenden Fachwissen im Hintergrund."

Dr. Katrin Bernath (GLP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

"Das Anliegen des Motionärs ist, die Verwaltungskommission von SH-Power als strategisches Führungs- und Aufsichtsorgan zu stärken sowie die Verantwortlichkeiten zu entflechten. Die intensive Diskussion in unserer Fraktion hat gezeigt, dass die Forderungen des Motionärs unterschiedlich interpretiert werden, und es verschiedene Möglichkeiten gibt, die Verwaltungskommission (VK) zu stärken. Einige dieser Varianten könnten ohne Änderung der gesetzlichen Grundlagen umgesetzt werden, wie beispielsweise Schulungen für VK-Mitglieder oder der Beizug von Fachpersonen bei einzelnen Themen, wie dies teilweise heute schon geschieht.

So sind wir der Ansicht, dass der Stadtrat beauftragt werden soll, verschiedene Möglichkeiten zu prüfen und die Motion entsprechend in ein Postulat umgewandelt werden soll. Ob es schliesslich eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen braucht,

kann erst beurteilt werden, wenn analysiert wurde, wo mit der heutigen Organisation Probleme entstehen, inwiefern Optimierungen notwendig sind, welche Verbesserungsmöglichkeiten es gibt und was deren Vor- und Nachteile sind. Es wurde in der Begründung bereits erwähnt. Es geht auch um Fragen wie Sitzungsgeld, wer wählt die Mitglieder, was sind die Kriterien.

Zu den in der Begründung genannten Herausforderungen möchten wir die folgenden Punkte festhalten:

Die Zusammensetzung der VK liegt in der Verantwortung der Fraktionen und die vom Motionär genannten Probleme weisen darauf hin, dass es wichtig ist, Personen zu delegieren, die auch die Möglichkeit haben, die Aufgabe seriös wahrzunehmen. Der Termin für eine vollständige Öffnung des Strommarktes ist noch offen. Der Bundesrat hat den Termin erneut verschoben. Es sind umstrittene Diskussionen, und auch eine Volksabstimmung ist zu erwarten.

Unabhängig davon, wann und ob überhaupt eine vollständige Öffnung des Strommarktes erfolgt, müssen sich die Energieversorgungsunternehmen bereits seit einigen Jahren auf ein völlig verändertes Marktumfeld einstellen. SH-Power gehört zu den Unternehmen, die diese Veränderungen bisher gut gemeistert haben und sich mit einer vorausschauenden Strategie am Markt bewähren können. Dass die goldenen Zeiten der Stromwirtschaft vorbei sind, dürfte allgemein bekannt sein. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Ergebnisse nicht mehr so gut sind. Es ist darauf hinzuweisen, dass jene Unternehmen am meisten unter Druck sind, die auf Grossanlagen und auf die Dinosauriertechnologien wie Atom- und Kohlekraft gesetzt haben. Vorher genannt wurden auch Beispiele wie Axpo und Alpiq. Diese Technologien verursachen viel höhere Kosten, die von der Allgemeinheit zu tragen sind. Es ist fahrlässig, auf die bisherige Strategie zu setzen und die nachfolgenden Generationen dafür bezahlen zu lassen. Dies dazu, dass die ganze Strategie zum Teil in Frage gestellt wurde. Ich empfehle allen, die weltweite Entwicklung zu beobachten, wie Devestitionen in der Ölwirtschaft stattfinden und sich die genannten Dinosauriertechnologien entwickeln.

Über die Frage, warum die Stromproduktion heute kaum mehr rentabel ist, könnten wir wohl stundenlang diskutieren. Was aber klar ist: Eine vollständige Kostenwahrheit, die auch Risiken und Gesundheitsschäden berücksichtigt, würde unsere Wasserkraft wieder hochrentabel machen.

Abschliessend halte ich nochmals fest, dass wir dem Vorstoss mehrheitlich zustimmen werden, wenn er in ein Postulat umgewandelt würde, das die Prüfung verschiedener Möglichkeiten verlangt. Für fundierte Entscheide braucht es zuerst Abklärungen, ob und in welcher Form Optimierungen notwendig und möglich sind. “

Manuela Bühler (AL)

AL-Fraktionserklärung

”Die AL-Fraktion plädiert für die Nichtüberweisung der Motion “Wie verbessern wir die strategische Führung und machen SH-Power fit für die Strommarktliberalisierung”. Dies aus folgenden Gründen:

- Die Motion ist unverständlich vorgebracht, und es ist nicht ersichtlich, was der Motionär konkret damit erreichen will:
- Möchte er die Verwaltungskommission stärken, indem weitere Grossstadtratsmitglieder ins Boot geholt werden?

- Möchte er die Rechnung von SH-Power durch die GPK prüfen lassen?
- Oder möchte er SH-Power in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umwandeln, was der erste Schritt für eine Privatisierung bedeuten würde?

Die AL ist der Ansicht, dass ein Querverbandsunternehmen wie SH-Power, das ausser für die Strom- auch für die Gas- und Wasserversorgung zuständig ist, nicht privatisiert werden darf, da dies öffentliche leistungsgebundene Güter sind und auf jeden Fall unter Kontrolle der öffentlichen Hand bleiben müssen. Die Einflussnahme durch die Öffentlichkeit ist bei einem staatlichen Unternehmen gegeben, bei einem privaten nicht. Zum Beispiel sind Richtpläne – hier der Energierichtplan – behördenverbindlich und müssen auch von SH-Power umgesetzt werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass europäische Städte wie zum Beispiel London, die ihre Trinkwasserversorgung privatisiert haben, damit nicht gut gefahren sind. Private Unternehmen machen zwar gute Gewinne, aber sie investieren oder sanieren nicht, was zu maroden Infrastrukturen führt. Auch viele deutsche Städte und Kommunen sind heute gezwungen, ihre Netze zurückkaufen, aber zu einem massiv höheren Preis.

Wir werden den Verdacht nicht los, dass hier von bürgerlicher Seite einmal mehr die Energiestrategie 2050 torpediert werden soll. Dies zeigt sich auch im Satz aus der Motion: *Hinzu kommt, dass infolge der starken Subventionierung neuer erneuerbarer Energien die Stromproduktion kaum noch rentabel ist.*

Diese propagandistische Aussage, die von Seiten der SVP den Zweck hat, die erneuerbaren Energien zu diskreditieren, wird nicht wahrer, wenn man sie oft wiederholt. Dass die Stromproduktion zurzeit nicht mehr rentiert, hat nur bedingt mit Subventionen zu tun, denn subventioniert werden alle Energieerzeugungsformen. Wir haben auch keine Kostenwahrheiten beim Atomstrom. Weder die Stilllegungs- und Rückbaukosten ausgedienter AKW noch die Endlagerung sind im Strompreis adäquat abgebildet. Im Übrigen wurde der Atomstrom jahrzehntelang mit einer Mischrechnung aus längst amortisierten Wasserkraftwerken gespiesen und so künstlich tief gehalten. Auch die Erdölpreise werden künstlich tief gehalten, denn sie bilden in keinsten Art und Weise die Folgeschäden der Klimaerwärmung für die Volkswirtschaften ab.

Übt der Motionär Herrmann Schlatter nicht vielmehr kaschierte Kritik an der Geschäftsleitung von SH-Power, wenn er von "Entflechtung der Verantwortlichkeiten" spricht? Und was genau möchte Herrmann Schlatter denn entflechten? Ausserdem besteht bereits eine Entflechtung mit der Etawatt AG, die im liberalisierten Strommarkt schnell reagieren kann. Die Etawatt ist eine kundenorientierte AG und ist ein Contractor für Energiedienstleistungen. Die städtischen Werke hingegen sind Netzunterhalter. Es ist Sache der Verwaltungskommission (VK), Unterstützung zu beantragen. Wir sehen keinen Grund, weshalb ein Grossstadratsmitglied ohne Absprache mit der VK einen solchen Vorstoss bringt. In der Verordnung Nr. 7000.1 vom 21. Februar 2006 über die Organisation und Geschäftsführung der Städtischen Werke wurden vom Grossen Stadtrat alle wesentlichen Organisationsstrukturen festgelegt.

Die AL-Fraktion kann diesen Vorstoss nicht unterstützen, solange wir nicht wissen, was damit konkret bezweckt werden soll. "

Katrin Huber Ott (SP)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Ich danken den Vorrednern, insbesondere Peter Neukomm für seine Ausführungen. Ich bin auch in dieser VK, aber ich fühle mich nicht wie in einem Taxi in Südamerika.

Ich weiss nicht, woher Till Hardmeier diese Gefühle hat. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass ich positiver durch die Welt gehe und nicht bei allem schon den fliegenden Blumentopf erwarte. In seiner Motion kritisiert Hermann Schlatter die strategische Führung respektive die Zusammensetzung der VK der Städtischen Werke. Das Anliegen wurde in der VK nie diskutiert oder thematisiert. Peter Neukomm hat es erwähnt. Das Stimmvolk hat die Verselbständigung der Städtischen Werke klar verworfen und sich dazu bekannt, dass die Werke weiterhin eine Verwaltungsabteilung der Stadt sind. Notabene eine sehr gut aufgestellt und rentable Abteilung, wie man unschwer der Rechnung 2015 entnehmen kann. Die Gewinnablieferung an die Stadt betragen alles in allem doch satte CHF 8 Mio. Einen Vergleich mit der KBA Hard finde ich da schon etwas weit hergeholt.

Als Verwaltungsabteilung der Stadt hat der Grosse Stadtrat die Pflicht oder das Vergnügen, vier Mitglieder in die VK zu delegieren, welche die Aufsicht und im Endeffekt die Verantwortung mittragen. Es liegt in der Sache der Natur, dass diese Mitglieder keine Energie-Fachpersonen sind, sondern Laien, die den Blick von aussen ans Unternehmen herantragen und sich nach bestem Wissen und Gewissen über die zu entscheidenden Geschäfte ins Bild setzen und informieren lassen.

In den vergangenen dreieinhalb Jahren durfte ich Teil dieser VK sein, und es ist mir stets bewusst, dass ich sehr wenig Ahnung von den Zusammenhängen im Strommarkt habe. Aber ich wurde bei sämtlichen Geschäften sachkundig, transparent und fundiert durch die Mitglieder der Geschäftsleitung oder eben entsprechend beigezogene Fachpersonen oder die Bereichsleitungen informiert. Fragen wurden versiert beantwortet. Wenn sie umfangreicher ausfielen, wurden die Fakten auch innert nützlicher Frist schriftlich nachgeliefert. Ich darf behaupten, dass nie Fragen einfach beiseite gestellt oder mit Achselzucken beantwortet wurden.

Wir wurden nie gefragt, ob wir unsere Aufgaben in der VK wahrnehmen können oder nicht. Der Geschäftsverlauf zeigt eine erfolgreiche Bilanz auf. Es stellt sich schon die Frage, was Herrmann Schlatter mit seiner Motion effektiv bezwecken will.

Die SP/JUSO-Fraktion erachtet die Motion als nicht nötig, hat Vertrauen in die Geschäftsleitung der Städtischen Werke und vertraut der VK, dass diese ihre Aufgaben wahrnehmen und die Geschicke der SH-Power auch weiterhin erfolgreich leiten werden. Wir sehen keinen Handlungsbedarf und werden nicht zustimmen. Wir könnten uns aber unter Umständen einer Umwandlung in ein Postulat anschliessen, wenn es darum geht, die aktuelle Situation zu prüfen und allenfalls Optimierungen in einem ergebnisoffenen Prozess aufzuzeigen."

Walter Hotz (SVP)

Votum

"Wenn ich die Sprecherinnen der AL und der SP und auch das Votum von Stadtpräsident Neukomm höre, bin ich hoffnungslos optimistisch. Es ist nämlich so, dass politische Fehlkonstruktionen selten von ihren Vertretern weggeräumt werden. Ich bitte Sie, doch einmal zu beachten, dass die Energiestrategie des Bundes gescheitert ist. Dies müssen wir einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Ich gebe dem Stadtpräsidenten recht, die Stromvereinbarung ist noch nicht unterzeichnet. Dies wird noch einige Jahre dauern. Es schleckt keine Geiss weg, dass die Werke, und vor allem die Stromwerke, am Strom kein Geld mehr verdienen, sondern nur noch am Netz.

Jetzt zu den Sprecherinnen der SP und der AL: Dem Motionär geht es darum, dass die Verantwortung der Verwaltungskommission neu durchdacht und organisiert wird.

Wenn Sie nämlich den Revisorenbericht über die Jahresrechnung 2015 der BDS Consulting AG gelesen hätten, hätten Sie festgestellt, dass er bei allen drei Werken Vorbehalte angebracht hat. Insbesondere bei der Jahresrechnung, schreibt er zum Beispiel: *“... ist noch nicht vollständig auf die Bestimmungen [...] umgestellt.”* Dann sind Rückstellungen nicht ordentlich gemacht worden. Lesen Sie den Revisorenbericht. Dann müssen Sie, selbst wenn Sie in der VK tätig sind, zur Erkenntnis kommen: Wir müssen etwas ändern in unserem Verantwortungsbereich.

Deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.”

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

”Auch ich bin in der Verwaltungskommission und bekenne mich zur Verwaltungsabteilung von SH-Power unserer Stadt. Es freut mich auch ausserordentlich, dass die Stimmberechtigten den Kredit für den Neubau von SH-Power zugestimmt haben. Dass dieser Neubau eine ökologische Ausrichtung genommen hat und in Schaffhauser Holz erstellt wird, ist unter anderem meiner Intervention in der VK zuzuschreiben. Ich verlangte dies in der Kommission, bin dabei aber eigentlich nicht auf Zustimmung gestossen, sondern man wollte nur das alte Projekt verteidigen.

So sieht die Realität sehr oft aus. Man ist fokussiert auf das, was man gemacht hat und ist sehr wenig empfänglich für neue Ideen. Ich wurde nicht als Mitdenker, sondern mehr als Spielverderber wahrgenommen. Genau hier wäre eine neutrale, fachliche Meinung hilfreich gewesen. Wäre in der Kommission ein Holzfachmann einmal beigezogen worden, hätte ich sicherlich Unterstützung erhalten und einen viel einfacheren Stand mit meinem Anliegen.

Jetzt habe ich noch zu Peter Neukomm eine kurze Bemerkung. Er hat gesagt, die Terminfindung für die vier Sitzungen im Jahr sei schwierig. Das stimmt, ich pflichte ihm voll zu. Wir haben auch wegen der vielen Termine des Stadtpräsidenten anfangs Jahr die Termine für das ganze Jahr festgelegt. Daran halte ich mich grundsätzlich. Der einzige, der sich nicht daran hielt, war der Präsident, weil er die Rechnungssitzung drei Tage vor dem offiziellen Termin abgesagt hat. Ich war extra früher aus Kanada zurückgefliegen, damit ich an der genannten Sitzung teilnehmen konnte. Sie wurde dann auf einen Termin in einer Woche verschoben, in der ich in den Ferien war. Ausserdem war das andere Mitglied, das nicht im Audit-Komitee ist, auch nicht anwesend. Die Rechnung wurde somit gar nicht von allen Mitgliedern dieser VK überprüft.

Die Terminfindung ist sicher schwierig. Aber wenn man einen Termin gefunden hat, hat man sich auch daran zu halten. Selbst wenn ein Revisionsbericht noch nicht da ist, kann man die Rechnung diskutieren oder die schriftlich gestellten Fragen behandeln. dies hätte ich auf jeden Fall erwartet. Deshalb bin ich der Meinung, dass die VK wirklich überdacht und alle Anliegen der Kommissionsmitglieder geprüft werden müssen. Dafür braucht es Zeit und ein bis zwei Sitzungen pro Jahr, die noch festzulegen sind. Die Sitzungen beinhalten immer nur Themen, die zum Voraus vorgegeben sind; 10 Minuten für ein Traktandum, 20 Minuten für das nächste. Es geht um sehr viel Geld und Verantwortung, und diese Verantwortung möchte ich wahrnehmen. Darum bitte ich Sie, die Motion zu überweisen, damit wir Fachleute in der VK Kommission haben, mit denen wir unsere Probleme besprechen können.”

Stadtpräsident Peter Neukomm**Stellungnahme**

„Ich möchte noch zu einigen Aussagen Stellung nehmen. Einerseits möchte ich darauf hinweisen, dass wir sehr versierte Fachleute in den Städtischen Werken haben, auch in der Geschäftsleitung. Nicht nur der Werkdirektor, der ein langjähriges Know how hat, sondern auch die übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung und alle Kadermitarbeiter sind ausgewiesene Fachleute, auf die wir hören. Dies möchte ich an dieser Stelle doch auch einmal sagen.

Ich verstehe Ihre Unsicherheit in Bezug auf die Energiemarktentwicklung, Herr Hardmeier. Aber diese Unsicherheit haben auch Fachleute. Ich war letzte Woche am Swissspower Kongress. Sie erhalten auch dort keine totale Sicherheit. Machen Sie sich keine falschen Vorstellungen über die Entwicklung im Energiemarkt, auch wenn Sie Fachleute in diese Kommission aufnehmen. Sie werden sicher einen besseren Support haben. Aber die Sicherheit, wohin es mit der Energiemarktentwicklung geht, ist für alle Fachleute in der Schweiz sehr schwierig vorauszusagen. Es bleibt eine gewisse Unsicherheit, da es ein schwieriger Bereich ist, in dem wir tätig sind. Aber wir haben sehr gute Fachleute, auch bei den Städtischen Werken, auf die wir vertrauen können.

Es war immer so, dass wir bei schwierigen Entscheiden Fachexperten beigezogen haben. Zum Beispiel, wenn es um die Zusammenarbeitsmodelle mit dem EKS geht und gerade auch deshalb, weil wir Konkurrenten sind. Es ist nicht so, dass wir einfach „wursteln“ und die VK irgendwie abspeisen. Ich möchte doch noch einmal betonen, dass sehr seriöse Arbeit geleistet wird.

Die Fragen, die Herr Hardmeier aufgestellt hat, sind alle wichtig und interessant. Die Städtischen Werke beschäftigen sich täglich damit. Es hat noch nie jemand solche Fragen in der VK unter den Tisch gewischt. Ich möchte diesen Eindruck, dass man die VK-Mitglieder nicht ernst nimmt, in Abrede stellen. So ist es sicher nicht.

Erlauben Sie mir noch folgende Bestätigung, dass wir sehr gut aufgestellt sind: Wie erwähnt, war ich letzte Woche am Swissspower Kongress. Die Städtischen Werke Schaffhausen haben einen hervorragenden Ruf in der Schweiz. Im Swissspower-Verbund, in dem alle Stadtwerke sind, hat Schaffhausen ebenfalls einen guten Ruf. Dies hängt auch mit den ausgezeichneten Kompetenzen der Belegschaft zusammen. Tun Sie also nicht immer so, als ob wir in einem schwarzen Loch wären. Ich möchte noch einmal betonen: Wir haben sehr gutes Personal, das eine hervorragende Arbeit leistet.

Zum Schluss möchte ich eine Falschaussage von Walter Hotz richtig stellen: Es stimmt nicht, dass es einen Vorbehalt oder eine Einschränkung beim Revisionsbericht 2015 gibt. Ich könnte es Ihnen wörtlich zitieren. Erzählen Sie bitte nicht so einen Mist, um eine Stimmung zu verbreiten, die einfach nicht der Wahrheit entspricht. Es gibt keine Einschränkung im Revisionsbericht, und dies möchte ich an dieser Stelle zuhänden des Protokolls festgehalten haben.

Sie kennen unsere Haltung - wir sind offen, denn wir haben alle das gleiche Ziel. Wir wollen die Städtischen Werke als Verbundunternehmen und Wasser-Energieversorger auch in der Zukunft fit halten. Dieses Anliegen haben der Stadtrat, die Werke und auch Sie. Wir sind bereit, nach noch besseren Lösungen und besserem Support zu suchen. Aber bitte lassen Sie einfach die unnötigen Vorwürfe weg. Wir haben Ihr Anliegen begriffen und sind bereit, darüber zu diskutieren.“

Hermann Schlatter (SVP)**Schlusswort**

„Vorweg möchte ich dem Stadtpräsidenten für seine detaillierten Ausführungen danken. Ich kann vieles unterstreichen, was er gesagt hat. Es freut mich auch, dass er meine Voten bestätigt hat und ich mit meinen Feststellungen und Analysen nicht ganz falsch liege. Ich möchte aber auch festhalten, dass ich nie gesagt habe, ich sei der Finanzspezialist, der beratend in SH-Power mitmachen möchte. Ich habe schon bei der Rechnungsbesprechung vor einem Jahr gesagt, dass ich dies ganz klar nicht bin.

Es ist aber so, und dies hat mich irritiert, dass von der linken Ratsseite aus gesehen die Strukturen ganz klar sein sollen. Katrin Huber Ott, es erstaunt mich etwas, denn Ihr Vater war in einem Unternehmen tätig, das ganz klare Strukturen hatte. Wir haben mit dieser VK einerseits die Steuerung zu machen, auf der anderen Seite auch zu kontrollieren. Natürlich gibt es auch eine Revisionsstelle. Aber diese hat primär den Auftrag, finanztechnische Aspekte zu prüfen. Die energietechnischen Fragen werden ganz sicher nicht von der BDS beleuchtet. Dafür braucht es Spezialisten. Der Stadtrat hat dies auch bestätigt, dass er Bereitschaft für eine Verbesserung signalisiert.

Zu meinen Aussagen bezüglich KBA: Ich habe nie gesagt, die Städtischen Werke seien so aufgestellt wie die KBA Hard. Ich habe nur gesagt, dass seinerzeit, als in der KBA der Prozessentscheid gefällt wurde (man darf ja heute nicht mehr sagen, wie es hiess, weil man ja sonst wieder mit einer Anklage rechnen muss), dieser auch von den Beratern empfohlen wurde. Es hatte Fachspezialisten in der KBA. Trotz allem haben die Laien, die dieses Fachwissen nicht hatten, zugestimmt. Natürlich gibt es zahlreiche Wirtschaftsprüfer, die beraten und auch das Risikoinvestment klar unter die Lupe nehmen. Es war ein grosser Wirtschaftsprüfer, der in Zürich untergegangen ist, weil er in Amerika einen Stromkonzern beraten hatte. Das war der beste Wirtschaftsprüfer der Schweiz, der das Handtuch wegen einer Falschberatung werfen musste. Wir hatten Biorender und haben eine Million in den Sand gesetzt. Da wurde bestimmt nicht alles richtig geprüft.

Zu den einzelnen Fraktionen: Ich verstehe die Mitte nicht, warum Ihr nicht klar sagt, was Ihr eigentlich wollt. Wir wollen eine Verbesserung in der VK, insbesondere mit neutralen Beratern, die aus dem Energiemarkt kommen und ihre Inputs geben. Man hat übrigens auch in der KSD vor Jahren erkannt, dass es nicht mehr angeht, dass Parlamentarier in diesem Gremium sitzen. Heute sind es drei Spezialisten aus der Informatikbranche, welche die Interessen der Stadt und des Kantons wahrnehmen.

Zu den Äusserungen von Manuela Bühner: Ich verzeihe Ihnen, Sie sind neu im Rat. Eine Motion wird geschrieben, eingereicht, in der Fraktion diskutiert und nachher wird sie vom Motionär mündlich begründet. Mir kam es schon etwas vor, als hätten Sie Ihr Votum in einer schönen Sonntagsarbeit geschrieben und heute nicht mehr zugehört, was ich gesagt habe. Ich habe bezüglich der Rechtsform klipp und klar gesagt, dass die Forderung nach einer Änderung der Rechtsform nicht enthalten ist. Ich weiss nicht, warum Sie die ganze Zeit auf dieser Rechtsform beharrt haben. Dies will ich ja schlussendlich gar nicht.

Die Situation vor 10 Jahren, als dieses Organisationsdekret erlassen wurde – und hier gibt mir Herbert Bolli sicher recht - war noch einfacher. Die ganze Sache hat sich verschärft, und ich habe wie folgt aufgezeigt, was auch vom Stadtpräsident grösstenteils bestätigt wurde: Es gibt viele Baustellen auf dem Energiemarkt, von der Politik, der EU und dem Wettbewerb gesteuert. Den richtigen Weg zu finden, ist nicht einfach. Es ist wichtig, auf das richtige Pferd zu setzen, und ich bin davon überzeugt, dass man dies unter Beizug von Spezialisten viel besser kann.

Ich bin in der gleichen Situation wie Till Hardmeier. Wenn ich entscheiden müsste, ist eine Investition, die wir tätigen wollen, richtig oder nicht, habe ich jetzt ein mulmiges Gefühl. Ich habe gehört, die linke Seite will gar nicht und die Mitte möchte die Motion in ein Postulat umgewandelt haben. Ich habe lieber ein Postulat in der Hand, als eine abgelehnte Motion. Darum wandle ich die Motion in ein Postulat um.”

Dr. Katrin Bernath (GLP)**Votum**

”Ich möchte einfach wissen, wie der Postulatstext lautet. Er müsste heissen: *Möglichkeiten zu prüfen* anstelle *die gesetzlichen Grundlagen zu überarbeiten*. Oder etwas in dieser Form.”

Walter Hotz (SVP)**Votum**

”Bezüglich des Mistes, den ich erzählt hätte: Ich möchte den Stadtpräsidenten darauf hinweisen, er soll vom Geschäftsbericht die Seite 340 bis 341 durchlesen. Dann sind wir uns vielleicht wieder einig.”

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Der Wortlaut des Postulats lautet wie folgt:

„Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die gesetzlichen Grundlagen zu überarbeiten sind, um die Verwaltungskommission der städtischen Werke (SH-Power) als strategisches Führungs- und Aufsichtsorgan zu stärken sowie die Verantwortlichkeiten zu prüfen.“

SCHLUSSABSTIMMUNG

Das Postulat von Hermann Schlatter vom 27. Oktober 2016 wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 24:7 Stimmen überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.**Traktandum 4****Postulat Urs Tanner vom 28. Februar 2016:
Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Neuhausen**

Der **Ratspräsident** fragt, ob jemand der Unterzeichnenden das Geschäft wegen SBB-Zugsverspätungen abwesenden Urs Tanner vertreten möchte. Es erklärt sich dazu niemand bereit. Das Geschäft wird auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung vom 21. Juni 2016 aufgenommen.

Traktandum 5**Postulat Till Hardmeier vom 14. März 2016: Faire
Zentrumslasten - prüfen und anpassen****Till Hardmeier (JFSH)****Begründung**

”Die Idee ist mir gekommen, als wir über die KSS gesprochen und gemerkt haben, dass wir sehr viel investieren müssen. Die Genossenschaft kann dies nicht selbst. Sie haben es gelesen, die Dimensionen sind CHF 30 Mio. Mich hat es gestört, dass wir als Stadt es selber stemmen müssen, obwohl die KSS eine regionale Bedeutung

hat. Es gibt sicher noch andere Institutionen im Bereich Kultur (Museen, Bibliotheken), die zu prüfen wären. Kammgarn ist auch eine grosse Kiste, und dort haben wir ein ähnliches Phänomen.

Deshalb möchte ich das Ergebnis offen anschauen. Die Begründung selber habe ich heute Morgen im Bock gelesen. Da stand von der Energiefachstelle des Kantons Schaffhausen: Strom sparen beim Kochen, Stromsparen ist ein Generationenprojekt. Kanton, Gemeinden und Gewerbe müssen dies gemeinsam angehen. Der Kernsatz lautet: Wer die Pfanne mit dem Kochdeckel verwendet, auf die Grösse des Kochfeldes abstimmt und dann noch andere Dinge einsetzt, spart Strom.

Und hier gilt der gleiche Grundsatz, es geht schliesslich auch um Geld: Der Deckel muss auf die Pfanne passen und die Pfanne auf die Herdplatte. Anders gesagt: Wer bezahlt, befiehlt. Irgendwie müssen die Kompetenzen, Nutzen und Kosten übereinstimmen.

Aus diesem Grund will ich ergebnisoffen, dass der Stadtrat ein Mandat hat, dies auszuhandeln. Was für die einzelnen Institutionen besser ist, kann er selber entscheiden. Ob es eine Entflechtung ist oder über den Finanzausgleich laufen soll, kann ich nicht beurteilen. Ich will aber trotzdem diesen Auftrag erteilen."

SR Daniel Preisig

Stellungnahme des Stadtrats

"Es gibt die berühmten Vorstösse, welche die so genannten offenen Türen einrennen. Der Vorstoss von Till Hardmeier gehört sicher zu dieser Kategorie. Üblicherweise stellt sich bei solchen Vorstössen sofort die Frage, ob der Vorstoss überhaupt nötig ist, wenn der Stadtrat von sich aus in diese Richtung aktiv werden will.

In dieser Frage nimmt der Stadtrat den Vorstoss sehr gerne entgegen. Mit dem Vorstoss stärkt uns der Grosse Stadtrat den Rücken bei den anstehenden Gesprächen – ja, man kann auch von Verhandlungen sprechen, die sicherlich nicht ganz einfach sein werden.

Der Vorstoss geht in seiner Begründung insbesondere auf die Zentrumslasten für die Stadt mit der KSS ein. Der Postulatsauftrag ist allgemein gehalten und gibt dem Stadtrat einen generellen Auftrag, die Zentrumslasten zu prüfen und die Finanzierungsentflechtung anzugehen.

Lassen Sie mich deshalb zuerst auf die Situation der KSS eingehen. Im zweiten Teil der Stellungnahme gehe ich gerne auf den Postulatsauftrag ein.

1. Teil: Zur KSS

In verschiedenen Bereichen trägt die Stadt für den Kanton und darüber hinaus für die ganze Region erhebliche Zentrumslasten. Diese werden vom kantonalen Finanzausgleich nur ansatzweise ausgeglichen. Die Situation bei den Freizeitanlagen KSS ist besonders speziell, weil sich

- mit den anstehenden hohen Investitionen,
- mit der aktuell diskutierten strategischen Positionierung der KSS im Bereich der Freizeitanlagen,
- mit dem ablaufenden Baurechtsvertrag und
- mit der Diskussion um die geeignete Betriebsform

ein besonders dringender Reformbedarf ergibt.

Der Stadtrat hat bereits 2015 in einer Klausur festgestellt, dass die geplanten Ausbauten der KSS, die in verschiedenen Varianten vorliegen, nicht durch die Stadt alleine finanziert werden können. Dieses Anliegen wurde von Sportreferent Urs Hunziker beim Regierungsrat deponiert.

Aber nicht nur auf der Seite der Investitionsfinanzierung besteht Diskussionsbedarf: In der Beantwortung der Kleinen Anfrage von Grossstadtrat Walter Hotz hat der Stadtrat aufgezeigt, dass die jährliche Unterstützung der KSS durch die Stadt bei Anrechnung der Abschreibungen, des Baurechtszinses und der Förderung des Schulsports rund CHF 2.6 Mio. pro Jahr betragen. Natürlich wäre es fair und aus städtischer Sicht auch wünschenswert, wenn sich der Kanton in Zukunft auch an den Betriebskosten beteiligen würde. Die KSS hat besonders bei den kostenintensiven Bereichen wie dem Hallenbad und der Kunsteisbahn ganz klar kantonalen oder sogar überregionalen Charakter. Die KSS dient teilweise sogar der Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Hand, namentlich des Schulsportes und der Gesundheitsförderung. Entsprechend wäre eine angemessene Beteiligung an den Betriebskosten wünschenswert. Der Stadtrat hat auch dieses Anliegen an einem gemeinsamen Treffen zwischen Stadt- und Regierungsrat platziert. Wer am letzten Samstag an der Jubiläumsveranstaltung zum 50jährigen Bestehen des KSS-Freibades war, hat es sicher mitbekommen. Die Frage der Mitfinanzierung durch den Kanton lag in der Luft, und wir haben auf spielerische Weise einen Verhandlungsauftrag bekommen.

2. Teil: Finanzierungsentflechtung

Nach der Strukturreform-Abstimmung – da waren sich sowohl die Gegner als auch die Befürworter von Gemeindefusionen einig – muss die Entflechtung der Aufgaben zwischen Gemeinden und dem Kanton angegangen werden.

Der Stadtrat und der Verband der Gemeindepräsidenten haben bereits in ihren Stellungnahmen zur Abstimmung klar darauf hingewiesen, dass sie die Finanzierungsentflechtung sinnvoll finden und auch bereit dazu wären, in einem Projekt aktiv mitzuwirken. Wichtig ist dem Stadtrat, dass bei einem solchen Projekt auch die Gemeinden und die Stadt miteinbezogen werden. Zusammen statt gegeneinander – so lautet das Motto. Dies sollte seit EP14 allen klar sein. Der Stadtrat hat seine Bereitschaft, am Projekt mitzuwirken, dem Regierungsrat klar mitgeteilt. Der Regierungsrat hat dem Stadtrat in Aussicht gestellt, noch in diesem Jahr erste Schritte zu unternehmen und auf uns zuzukommen.

Selbstverständlich machen wir uns keine Illusionen, wird doch dieses Projekt kein einfaches sein. Schliesslich geht es um Veränderungen: Um Einfluss, um Macht und um Geld. Deshalb ist es wichtig, dass alle Beteiligten – auch die Gemeinden – von vornherein miteingebunden werden. Bei der Finanzierungsentflechtung darf es nicht darum gehen, dem anderen die höheren Kosten und grösseren Risiken zu überwälzen. Ziel muss es sein, aus Gesamtsicht bessere Lösungen zu erarbeiten. Wenn es gelingt, die Zuständigkeiten zu schärfen, die Fehlanreize zu reduzieren und die Schnittstellen abzubauen – dann ist das ein Gewinn für uns alle. Nicht alle sollten für alles verantwortlich sein. Sondern wenige für wenig, dies aber dafür gezielt und verbindlich. Nicht unerwähnt lassen möchte ich an dieser Stelle, dass wir beim Tiefbauamt, bei den Busbetrieben und der KSD bereits Fortschritte gemacht haben.

Soweit die Stellungnahme in Kürze des Stadtrates. Wie gesagt, wir nehmen den Auftrag gerne entgegen. Ich danke für die Rückendeckung. “

Martin Jung (AL)**AL-Fraktionserklärung**

„Mir gefällt der Ton des Postulates von Till Hardmeier nicht. Er behauptet, die Stadt könne sich Investitionen in ihre Infrastruktur nicht leisten und beklagt sich über Defizite. Die Stadt kann Bewohnern und Besuchern zeitgemässe Infrastruktur bereitstellen. Dass der (Jung-) Freisinn dieser Idee kritisch gegenüber steht, sobald sie etwas kostet, ist eine andere Geschichte. Auch Till Hardmeiers Wehklagen über Defizite lässt den üblen Nachgeschmack zurück, er wolle am liebsten alle Dienstleistungen an die Bevölkerung mit kostendeckenden Gebühren versehen und damit den Solidaritätsgedanken hinter unserer gemeinsamen Infrastruktur weiter untergraben. Aber genug über den Ton. Kommen wir zum Inhalt des Postulats.“

Wir teilen die Einschätzung, dass die Stadt für Dienstleistungen, die sie auch Menschen anbietet, die nicht Einwohner unserer Gemeinde sind, keine angemessene Entschädigung bekommt. Selbstverständlich setzt sich auch die AL für eine gerechte Abgeltung der Zentrumslasten ein. Gerne geben wir dem Stadtrat ein Verhandlungsmandat, sich bei den Verhandlungen mit dem Kanton und bei Verhandlungen über den kantonalen Finanzausgleich für eine Verbesserung der Situation für die Stadt einzusetzen. Der Stadtrat ist zwar nicht auf ein solches Mandat angewiesen, um in diese Richtung tätig zu werden. Aber wenn er auf einen parlamentarischen Auftrag verweisen kann, insbesondere wenn dieser aus bürgerlichen Reihen kommt, kann dies sicher nicht schaden.

Ich will hier noch kurz deutlich machen, dass wir mit unserer Unterstützung für dieses Postulat nicht die alte Idee der Gebühren-Zweitklasse à la City Card wieder belebt sehen wollen. Dagegen würden wir uns vehement wehren. Allerdings ist dies hier nicht zur Sprache gekommen, insofern gehen wir davon aus, dass so etwas explizit mit diesem Vorstoss nicht gemeint ist. In diesem Sinne werden wir zustimmen.“

Hermann Schlatter (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Das Postulat von Till Hardmeier rennt bei unserer Fraktion offene Türen ein. Zwar wurde anlässlich der letzten grossen Revision des kantonalen Finanzausgleichs, im Jahre 2004, nebst dem Ressourcenausgleich auch ein Lastenausgleich eingeführt, dieser soll die grössten, durch die Gemeinden nicht beeinflussbaren Lasten teilweise ausgleichen. Der Lastenausgleich umfasst die Bildungs-, Sozialhilfe-, Polizei- und Zentrumslast sowie die Last der Weite. Nebst dem Lastenausgleich werden mit dem Ressourcenausgleich die teilweise grossen Unterschiede bei der Steuerkraft der einzelnen Gemeinden geglättet. Hier zählt unsere Stadt zu denjenigen Gemeinden, welche mit ihrer Steuerkraft über dem gewichteten Mittel aller Schaffhauser Gemeinden liegt, weshalb die Stadt, beim Finanzausgleich des letzten Jahres, auch mit rund einer halben Million Franken zu den Gebergemeinden zählte.“

Anders sieht es beim Lastenausgleich aus, da weist unsere Stadt aus erklärlichen Gründen sowohl bei der Sozialhilfe-, bei der Polizei- als auch bei der Zentrumslast die höchste Belastung aus. Zusammengezählt machen diese drei Positionen CHF 407 pro Kopf der städtischen Bevölkerung aus. Zum Vergleich: In Neuhausen beträgt die Summe dieser drei Komponenten lediglich CHF 251. Insgesamt erhielt unsere Stadt im Rahmen des Lastenausgleichs im letzten Jahr rund CHF 1,6 Mio. Verrechnet man Ressourcen- und Lastenausgleich blieb für unsere Stadt eine Gutschrift beim letzten Finanzausgleich im Umfang von rund CHF 1,1 Mio., entsprechend gut einem städtischen Steuerprozent, was natürlich nicht sehr viel ist.

Dass unsere Stadt durch ihre Grösse zahlreiche Angebote in kultureller, wie auch in

sportlicher Hinsicht für die Bewohnerinnen und Bewohner anderer Gemeinden erbringt ist wohl unbestritten. Aus meiner Sicht sind es die Betriebe KSS und Stadttheater, von deren Angebot andere Gemeinden hauptsächlich profitieren. Bei der KSS sind es wohl hauptsächlich die Angebote Hallenbad und Eisbahn, denn Freibäder sind auch in zahlreichen anderen Schaffhauser Gemeinden vorhanden. Bei den übrigen, vom Postulanten aufgezählten Institutionen, wie Museen, Archive oder Bibliotheken mache ich ein gewisses Fragezeichen, denn mehrere Gemeinden haben diese Institutionen auch selbst vor Ort.

Dass KSS und Stadttheater mit ihren Angeboten ein Magnet für die ganze Region sind, ist wohl unbestritten, dies aber nicht nur für die Schaffhauser Gemeinden, sondern auch für die Besucher und Besucherinnen „ennet des Rheins“, aber auch „ennet der Grenze“. Hier stellt sich für unsere Fraktion einmal mehr die Frage, ob die Stadt nicht von sich aus aktiv werden sollte und bei diesen Besuchern, welche von ausserhalb des Kantons kommen, einen höheren Tarif zur Anwendung bringt.

Wie nach der Abstimmung vom vergangenen Februar über eine mögliche Strukturreform in unserem Kanton zu vernehmen war, will der Kanton eine erneute Finanzierungsentflechtung initiieren. Es gilt deshalb abzuwägen, in welchem zeitlichen Rahmen die Stadt mit den Anliegen des Postulanten beim Kanton vorstellig werden soll. Offensichtlich ist die Stadt bereits vorstellig geworden. Erfahrungsgemäss nehmen Entflechtungsübungen bei unserem Kanton längere Zeit in Anspruch, weshalb insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehende Grosssanierung bei der KSS, der Wasseraufbereitung und der Schwimmbecken des Hallenbads bald möglichst Antrag beim Kanton gestellt werden sollte, um im Zeitpunkt dieser Sanierungen die Gewissheit zu haben, in welchem Rahmen sich der Kanton inskünftig an den laufenden Kosten der KSS beteiligt. Das, was wir vom Finanzreferenten gehört haben, das freut mich, dass eben von diesen Stellen nicht nur Geld abverlangt wird, sondern sie auch mit ins Boot geholt werden und schlussendlich bei den Beratungen und bei den Vorhaben mitbestimmen können.

Wie eingangs erwähnt, unterstützt unsere Fraktion das Postulat von Till Hardmeier. “

Theresia Derksen (CVP)

ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktionserklärung

”Die Fraktion der ÖBS/CVP/EVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass das Verhandlungsmandat bezüglich Ausgleich der Zentrumslasten bereits beim Stadtrat liegt. Es ist ein Dauerauftrag und eine Aufgabe aller Stadträte faire Rahmenbedingungen mit dem Kanton auszuhandeln. Ein Ausgleich der Zentrumslasten wurde bereits im Vorfeld des Projekts „sh.auf“ diskutiert. Im Auftrag von Stadt und Kanton Schaffhausen hatte 2004 die Arbeitsgemeinschaft INFRAS und Universität Zürich die Zentrumslasten und – nutzen der Stadt Schaffhausen ermittelt. Die Ergebnisse der Studie wurden damals in den Schlussbericht des Projekts „sh.auf“ aufgenommen. In der Studie wurden nicht nur die Zentrumslasten, sondern auch die Zentrumsnutzen in die Waagschale geworfen. So wurden zum Beispiel die vom Kanton betriebenen Einrichtungen, wie die Spitäler, die Kantonsschule oder die Berufsschule als wesentliche Vorteile für die Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Schaffhausen gesehen. Das Volkswirtschaftsdepartement legt jedes Jahr gestützt auf das Gesetz über den Finanzausgleich vom 17. Mai 2004 den direkten Finanzausgleich fest. Der Finanzausgleich basiert auf einer gesetzlichen Grundlage.

Unsere Fraktion vertraut dem Stadtrat, dass er jeden möglichen Verhandlungsspielraum zu Gunsten der Stadt Schaffhausen nutzt. Wir erwarten das

vom Stadtrat, dass er das tut. Die Rahmenbedingungen sind allerdings teils vom Kanton vorgegeben. Wir waren uns in der Diskussion in der Fraktion eigentlich einig: Es gibt keinen Nutzen mit der Überweisung dieses Postulats. Jetzt, da der Stadtrat aber erklärt, dass die die Überweisung ihm den Rücken stärken würde, könnte es sein, dass der eine oder der andere doch zustimmen wird.

In der Begründung des Postulats wird die Erneuerung und Aktualisierung der KSS als aktuelles Thema genannt. Bisher ist vor allem die Stadt mit einem grossen Anteil von 97% der Genossenschaftsanteile an der KSS beteiligt. Wir begrüssen, dass die Verwaltung der Genossenschaft, die Stadt und der Kanton im Gespräch sind und eine ausgewogene Finanzierung der Investitionen mit Beteiligung des Kantons oder auch von anderen Gemeinden ausgehandelt wird. Diese Verhandlungen sollen ja auch schon laufen und in dem Sinne wäre das Postulat nicht unbedingt nötig.

Herr Stadtrat Preisig, wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie Rückstärkung brauchen, dann vielleicht ist die Überweisung des Postulats sinnvoll. “

Jonathan Vonäsch (JUSO)

SP/JUSO-Fraktionserklärung

”Die SP/JUSO-Fraktion ist der Forderung grundsätzlich nicht abgeneigt. Wie im Postulat geschrieben, soll eine fairere Lösung gefunden werden, und davon profitieren ja immer alle.

Nun stellt sich aber die Frage, auf welchem Weg dies erreicht werden will. Wir sind klar der Meinung, dass Einwohnerrabatte nicht in unserem Sinne sind. Denn Einwohnerrabatte schaffen eine Zweiklassengesellschaft, diese weisen darauf hin, dass wir innerkantonal nicht funktionieren. In diesem Sinne sehen wir ein gewisses Armutszeugnis, weil wir nicht zusammen reden und nicht zusammen arbeiten können. Wenn wir so weit kommen würden, fänden wir das wirklich sehr schade.

Deshalb bietet sich eine Lösung an, welche auf dem Finanzausgleich beruht und das Problem aus der Welt schafft. Das wäre fair und einfach. Alle würden in Pflicht genommen, Synergien könnten trotzdem genutzt und die Kosten auf alle verteilt werden.

Weiter würde, wie schon gesagt, dem Stadtrat der Rücken gestärkt. Somit stimmt die Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion dem Postulat zu. Aber wir werden die Verhandlungen verfolgen und schauen, ob sich diese auch in unserem Sinne entwickeln.”

Urs Fürer (SP)

Votum

”Ich möchte nur noch Till Hardmeier etwas auf den Weg geben: Der Finanzausgleich ist eine kantonale Angelegenheit. Ich möchte ihn auffordern, seine städtischen Vertreter im Kantonsparlament dahingehend zu informieren, dass sie wirklich uns als Stadt tragen und vor allem auch dem Stadtrat den Rücken stärken.”

Till Hardmeier (JFSH)

Schlusswort

„Ich habe die FDP/JFSH-Fraktionserklärung vergessen: Meine Fraktion stimmt dem Postulat natürlich zu.

Zur Kritik der AL: Ich habe noch nie einen so zahmen Vorstoss geschrieben. Ich wüsste nicht, wo ich noch Zähne hätte ziehen können. Es geht im Postulat nicht um die

Citycard; diese ist längst gestorben. Aber wenn die Genossenschaft sonst etwas tun kann, um die Einnahmen zu steigern, soll sie dies natürlich tun.

Ich danke Ihnen für die Diskussion und die Unterstützung meines Postulats. „

SCHLUSSABSTIMMUNG

Das Postulat von Till Hardmeier vom 14. März 2016 wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 24:0 Stimmen überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN

Zusammensetzung der SPK "Teilrevision der Geschäftsordnung":

SVP/EDU (einladende Fraktion): Dr. Cornelia Stamm Hurter, Walter Hotz, Hermann Schlatter

SP/JUSO: Urs Tanner, Stefan Marti

FDP/JFSH: Martin Egger, Katrin Hauser-Lauber, Diego Faccani

ÖBS/CVP/EVP/GLP: Iren Eichenberger, Rainer Schmidig

AL: Martin Jung

Neueingang:

Kleine Anfrage von René Schmidt vom 7. Juni 2016: Wirtschaftsentwicklung im Kammgarnareal

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, 21. Juni 2016, um 18 Uhr, im Kantonsratssaal, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:36 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Die Protokollführerin:

Gabriele Behring

Veronika Michel